



Zukunftsradar Digitale Kommune

Ergebnisbericht zur Umfrage 2018

Lorenz Hornbostel, Michael Neger, Volker Wittpahl,
Alexander Handschuh, Janina Salden

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Volker Wittpahl
Institut für Innovation und Technik (iit)
in der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH
Steinplatz 1
10623 Berlin
Tel.: +49 30 310078-5507
Fax: +49 30 310078-104
E-Mail: info@iit-berlin.de
www.iit-berlin.de

Deutscher Städte- und
Gemeindebund (DStGB)
Marienstrasse 6
12207 Berlin
Tel.: +49 30 773 07-0
Fax: +49 30-773 07-200
E-Mail: dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de

Autoren

Lorenz Hornbostel (iit)
Michael Nerger (iit)
Volker Wittpahl (iit)
Alexander Handschuh (DStGB)
Janina Salden (DStGB)

Layout

A.-S. Piehl, VDI/VDE Innovation + Technik GmbH

Bildnachweis

cofotoisme/Thinkstock (Titelbild)

Berlin, März 2018

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teils auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Ferner wird auf die Verwendung des geschlechterneutralen Gender-Sterns verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für jedes Geschlecht.

ISBN-978-3-89750-187-4

Inhalt

Executive Summary	5
Digitale Chancen nutzen	7
1 Einleitung	9
2 Umfragedesign	10
3 Ergebnisse des „Zukunftsradar Digitale Kommune“	12
Status der Digitalisierung in den Kommunen	12
Nutzen der Digitalisierung in den Kommunen	20
Handlungsbedarf bei der Digitalisierung in den Kommunen	24
Umsetzung der Digitalisierung in den Kommunen	28
4 Zusammenfassung und Bewertung	34
Anhang	36

Executive Summary

Nur jede zweite Kommune fühlt sich gut auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet.

Knapp die Hälfte der Kommunen fühlt sich gut auf die Digitalisierung vorbereitet (49 Prozent). Der andere Teil (51 Prozent) der Städte und Gemeinden fühlt sich jedoch noch nicht gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben (Abbildung 6, S. 14).

Nur 10 Prozent der Kommunen schätzen ihren Stand der Digitalisierung als „gut“ ein.

Jede zweite Kommune (53 Prozent) schätzt den Stand der Digitalisierung in der eigenen Kommune als „ausreichend“ ein. Nur 10 Prozent der befragten Kommunen bewerten den Stand in ihrer Kommune als „gut“. Lediglich eine der insgesamt 450 teilnehmenden Kommunen bewertet ihren Digitalisierungsstand als „sehr gut“. 34 Prozent der Kommunen bewerten den Stand sogar als „schlecht“ bis „sehr schlecht“ (Abbildung 3, S. 12).

47 Prozent der befragten Städte und Gemeinden haben keine Digitalisierungsstrategie.

Fast die Hälfte der Kommunen (47 Prozent) hat bislang noch keine Digitalisierungsstrategie entwickelt. Allerdings gaben 39 Prozent an, dass sie aktuell an einer Strategie arbeiten. Lediglich 6 Prozent – und damit 28 der insgesamt 450 befragten Kommunen – geben an, sich bereits in der Umsetzungsphase ihrer Digitalisierungsstrategie zu befinden (Abbildung 26, S. 30).

Drei von vier Kommunen schätzen den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung als hoch oder sogar sehr hoch ein.

58 Prozent der befragten Kommunen schätzen den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung in den Kommunen als „hoch“, 18 Prozent sogar als „sehr hoch“ ein. Nur 3 Prozent der befragten Städte und Gemeinden gehen von einem niedrigen und 18 Prozent von einem moderaten Finanzierungsbedarf der kommunalen Digitalisierung aus (Abbildung 31, S. 33).

91 Prozent der Städte und Gemeinden schätzen den Mehrwert der Digitalisierung als hoch bis sehr hoch ein.

Neun von zehn Kommunen schätzen den Mehrwert der Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung als „hoch“ bis „sehr hoch“ ein (91 Prozent). Nur 3 Prozent der Befragten sehen in der Digitalisierung einen „niedrigen“ oder „sehr niedrigen“ Nutzen (Abbildung 14, S. 20). Vor allem in der Digitalisierung der Verwaltung sehen die befragten Städte und Gemeinden eine große Chance: So geben 89 Prozent der Kommunen an, dass sie den Nutzen für die Verwaltung als „hoch“ bis „sehr hoch“ einschätzen (Abbildung 15, S. 21).

Mehr als die Hälfte der Kommunen sieht bei der Digitalisierung der Verwaltung und beim Breitbandausbau einen akuten Handlungsbedarf.

56 Prozent der Kommunen sehen bei der Digitalisierung der Verwaltung einen akuten Handlungsbedarf (Abbildung 22, S. 27). Beim Thema Breitbandausbau sehen immerhin noch 47 Prozent der Städte und Gemeinden einen großen Nachholbedarf (Abbildung 19, S. 24). Dabei gilt: Je kleiner die Kommune, desto größer wird der Handlungsbedarf eingeschätzt. So sehen sehr kleine Kommunen mit 57 Prozent deutlich häufiger einen Handlungsbedarf beim Breitbandausbau als große und sehr große Kommunen; hier sind es nur 35 Prozent (Abbildung 20, S. 25).¹

Mehr als zwei Drittel der Kommunen sind davon überzeugt, dass zusätzliche Finanzmittel und eine stärkere Vernetzung die Digitalisierung unterstützen können.

68 bzw. 66 Prozent der befragten Städte und Gemeinden sind davon überzeugt, dass zusätzliche Finanzmittel und eine stärkere Vernetzung mit anderen Kommunen die Digitalisierung sinnvoll unterstützen können. Darüber hinaus schätzen mehr als die Hälfte der Kommunen externe Beratungsleistungen als ein sinnvolles Instrument ein (Abbildung 24, S. 28).

¹ Im Zukunftsradar werden folgenden Größenkategorien verwendet: „sehr kleine Kommunen“ (< 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner); „kleine und mittlere Kommunen“ (10.000 – 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner); „große und sehr große Kommunen“ (> 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner)

Digitale Chancen nutzen

Der Megatrend der kommenden Jahre heißt Digitalisierung. Sie hat längst begonnen und gewinnt immer mehr an Dynamik. Es setzt sich zudem immer mehr die Erkenntnis durch, dass die digitale Transformation nicht in erster Linie ein Technologie-thema ist. Es handelt sich vielmehr um ein umfassendes Projekt des strategischen, zukunftsorientierten Stadtumbaus. Mit einer derart großen Aufgabe sind natürlich zahlreiche Herausforderungen verbunden. Sinnvoll erscheint es daher, mit einer Bestandsaufnahme zu beginnen.

Digitalisierung bedeutet für Städte und Gemeinden zweifelsfrei weit mehr als eGovernment und digitale Verwaltung, auch wenn diese Kernbereiche natürlich einer großen Veränderungsdynamik unterworfen sind. Viele technische Lösungen werden das Verwaltungshandeln und die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern immens verändern. Technische Anwendungen dürfen aber kein Selbstzweck sein, sondern müssen den Bürgerinnen und Bürgern dienen und dazu beitragen, die Lebens- und Standortqualität zu verbessern. Städte und Gemeinden stehen vor der Aufgabe, die Chancen der Digitalisierung aktiv zu nutzen, den Prozess zu koordinieren und dazu beizutragen, dass die Transformation in das digitale Zeitalter vor Ort gelingt, ohne die Qualität des Zusammenlebens vor Ort zu gefährden.

Viele Kommunen stehen angesichts der Fülle der kommenden Aufgaben und der hohen Veränderungsgeschwindigkeit vor der Frage: Wo anfangen? Denn die digitale Transformation umfasst alle Bereiche des täglichen Lebens: Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Forschung, Verkehr und Mobilität, Energie oder das Freizeit- und Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Deren Erwartungen an die Kommunikation mit ihrer Kommune und an die Bereitstellung von Dienstleistungsanwendungen von ihrer Kommune steigen nahezu täglich. Es wäre eine Überforderung, alle Bereiche sofort anzugehen. Klar ist aber auch, dass die Digitalisierung ihre Potenziale erst durch eine Vernetzung der bislang getrennt agierenden Sektoren entfaltet, daher sollte von Beginn an Vieles mitgedacht werden.

Entscheidend ist nicht zuletzt auch, dass die digitale Transformation einer jeden Institution immer auch die Arbeitsprozesse verändert und auf diesem Wege auch zu einer Effizienzsteigerung führen kann. Um diese zu erreichen, muss jedoch zuerst investiert werden – und zwar nicht „nur“ monetär, sondern auch strategisch. Die Digitalisierung muss innerhalb der Kommune „Chefsache“ sein, und zugleich ist es unerlässlich, alle Verwaltungsmitarbeiter in den Prozess miteinzubeziehen.

Nach einem „Masterplan“ für die digitale Transformation der Kommunen werden wir vergeblich suchen. Aufgrund der Individualität und Einzigartigkeit einer jeden Kommunen und der unterschiedlichen Rahmenbedingungen, wird jede Stadt und jede Gemeinde eine eigene digitale Agenda erstellen – angepasst an die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort und die Prioritätensetzung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Auch wenn die Prioritäten unterschiedlich gesetzt werden, können Kommunen bei der Erstellung ihres eigenen „digitalen Fahrplans“ erheblich voneinander lernen: In welche Prozesse zerlege ich die Digitalisierung, welche Ressourcen brauche ich, welche Partner kann ich mit ins Boot holen und welche Querschnittsaufgaben entstehen?

Die Dringlichkeit der digitalen Transformation wird den Kommunen nicht zuletzt durch anstehende Umsetzungsfristen auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene, etwa bei der Einführung der eRechnung oder beim Onlinezugangsgesetz, vor Augen geführt.

Aktuell können wir jedoch in Deutschland gar nicht genau qualifizieren, wie weit die Digitalisierung auf kommunaler Ebene bereits gediehen ist und vor allem auch nicht, welche Prioritäten vor Ort gesetzt werden. Mit dem Zukunftsradar 2018 wollen der Deutsche Städte- und Gemeindebund und das Institut für Innovation und Technik ein wenig Licht ins Dunkel bringen. Wir wollten wissen, wie Kommunen Digitalisierung für sich definieren, wo sie ihre Schwerpunkte setzen und ob sie sich für die anstehenden Herausforderungen gut aufgestellt sehen.

Die Kooperation zwischen dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Institut für Innovation und Technik in der VDI/VDE Innovation und Technik GmbH haben wir im vergangenen Jahr unter anderem mit dem Ziel begonnen, die Fragestellungen der Digitalisierung gemeinsam anzugehen und einen Mehrwert für die Kommunen zu erreichen. Öffentlicher Sektor und Forschung können auf diese Weise miteinander an Lösungen arbeiten, voneinander lernen und gemeinsam die Digitalisierung als strategisches Zukunftsthema voranbringen.

Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer
Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
Berlin, März 2018

1 Einleitung

Die Digitalisierung stellt die Kommunen in Deutschland vor große Herausforderungen: Bis zum Jahr 2022 sollen sie den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen eine Vielzahl an Verwaltungsleistungen online zur Verfügung stellen.² So sollen beispielsweise geeignete Online-Formulare und elektronische Akten, oder aber die Möglichkeit, entstehende Verwaltungsgebühren direkt online zu bezahlen, flächendeckend eingeführt sein.

Wie groß der Nachholbedarf bei der Verwaltungsdigitalisierung bislang noch ist, verdeutlicht der Digital Economy and Society Index (DESI) der Europäischen Union für das Jahr 2017 zumindest aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer: Lediglich 19 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger gaben an, dass sie elektronische Services der Behörden nutzen. Damit liegt Deutschland unter den Mitgliedstaaten weit abgeschlagen auf Platz 23 von 28.³

Im Wettbewerb um mehr Lebensqualität und Standortattraktivität wird von den Kommunen jedoch mehr erwartet als eine gut funktionierende Verwaltung. Neben zukunftsweisenden Diensten der Städte- und Gemeindeverwaltungen stellen die Bürgerinnen und Bürger ebenso hohe Ansprüche an ihr Lebensumfeld und ihre Versorgung. Dies gilt sowohl für Bildungs- und Mobilitätsangebote, Energie- und Gesundheitsdienstleistungen als auch für Services im Bereich Handel, Wirtschaft und Arbeit. Eine weitreichende Digitalisierung aller Lebensbereiche ist das A und O für eine gut aufgestellte Kommune.⁴

Doch wo fängt man an? Die Digitalisierung hat unzählige Facetten, birgt enorme Herausforderungen und wirft bei den Verantwortlichen in den Kommunen und bei politischen Akteuren auf Landes- und Bundesebene eine Vielzahl an Fragen auf: Wie gut sind die Kommunen in Deutschland auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet? Wo liegen akute Handlungsbedarfe? Und welche Instrumente sind sinnvoll, um die Digitalisierung gezielt voranzutreiben?

Ausgehend von diesen Fragen haben das Institut für Innovation und Technik (iit) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) im Rahmen der Initiative Transform Local⁵ eine gemeinsame Umfrage unter den 11.500 Kommunen in Deutschland durchgeführt. Dabei soll der Zukunftsradar Digitale Kommune⁶ vor allem Einblicke zum aktuellen Stand der Digitalisierung geben, akute Handlungsbedarfe in den Kommunen aufdecken und mögliche Anknüpfungspunkte für den digitalen Transformationsprozess bieten. Das Ergebnis der Umfrage versteht sich lediglich als ein erstes Schlaglicht auf die Digitalisierung in den Kommunen Deutschlands – nicht mehr und nicht weniger.

Die Digitalisierung stellt Städte und Gemeinden in Deutschland vor große Herausforderungen und birgt gleichzeitig große Chancen: Ein Mehr an Digitalisierung kann dabei helfen, Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten, bessere Services für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten und Kosten einzusparen. Wie gut Deutschland mit seinen Kommunen auf den digitalen Wandel vorbereitet ist, spielt eine entscheidende Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist es besonders wichtig, die Herausforderungen des digitalen Wandels konsequent anzugehen. Als Treiber der regionalen Innovationskultur und gestaltender Akteur direkt vor Ort spielen Kommunen hierbei eine wichtige Rolle.⁶

Wir wünschen den Leserinnen und Lesern des Zukunftsradars 2018 eine spannende Lektüre, einen fundierten Erkenntnisgewinn und wichtige Anknüpfungspunkte für die erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung in den Kommunen.

Prof. Dr. Volker Wittpahl
Geschäftsführender Direktor
Institut für Innovation und Technik (iit)
Berlin, März 2018

2 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) (2017). Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG). Online verfügbar unter: www.gesetze-im-internet.de/ozg/__1.html. Zuletzt aufgerufen am: 21.02.2018.

3 Europäische Union (EU) (2017). Digital Economy and Society Index (DESI). Bericht über den Stand der Digitalisierung in Europa 2017 – Länderprofil Deutschland. Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/newsroom/document.cfm?doc_id=44307. Zuletzt aufgerufen am: 21.02.2018

4 Buhl, O. und Frederking, A. (2016). Herausforderungen der Kommunen und Chancen der Digitalisierung. In: Wittpahl, V. (Hrsg.). Digitalisierung: Bildung – Technik – Innovation. iit-Themenband. 1. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 133–140.

5 Unter dem Label „Transform Local“ erarbeiten das Institut für Innovation und Technik (iit) und die DStGB Dienstleistungs-GmbH mit Städten und Gemeinden passgenaue Lösungen der Digitalisierung im urbanen Kontext. „Transform Local“ ist eine anbieter- und technologieneutrale Analyse-Methode, bei der die ganz spezifischen Anforderungen und Interessen der einzelnen Stadt oder Kommune im Mittelpunkt stehen. Ziel ist, eigens für die Stadt oder Kommune Blaupausen für die zukunftsfähige Entwicklung im Zuge der Digitalisierung zu entwickeln, dabei Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das Angebot richtet sich vor allem an mittelgroße Städte und Gemeinden. Weitere Informationen unter: www.transform-local.de

6 Rohner, S. und Seidel, U. (2016). Europäische Mittelstädte im digitalen Wettbewerb. In: Wittpahl, V. (Hrsg.). Digitalisierung: Bildung – Technik – Innovation. iit-Themenband. 1. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 125–132.

2 Umfragedesign

Die gemeinsame Umfrage des Instituts für Innovation und Technik (iit) und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) wurde im Rahmen einer Online-Befragung in der Zeit vom 8. Januar bis zum 21. Februar 2018 durchgeführt. Als Erhebungsmethode für die Umfrage wurde ein Online-Fragebogen genutzt. Zur Teilnahme aufgerufen waren alle deutschen Städte und Gemeinden. Angesprochen wurden Personen mit Leitungsfunktionen in den Kommunen wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Dezernentinnen und Dezernenten, Beigeordnete, Fachbereichsleiterinnen und -leiter sowie Amtsleiterinnen und -leiter aus der Kommunalverwaltung.

Die Ergebnisse der Umfrage haben keinen repräsentativen Charakter; sie sind vielmehr ein stichprobenartiges Meinungsbarometer zum aktuellen Stand der Digitalisierung in den Kommunen. Während sich für einige Bundesländer durchaus repräsentative Aussagen zu unterschiedlichen Aspekten der Digitalisierung aus den Umfrageergebnissen ableiten lassen, fehlt für andere Bundesländer eine ausreichende Anzahl an teilneh-

menden Kommunen, um belastbare Aussagen treffen zu können. Für vier Bundesländer liegen überhaupt keine Datensätze vor. Aus diesem Grund werden Bundesländer, sofern eine ausreichende Anzahl an ausgefüllten Fragebögen vorliegt, lediglich stichprobenartig miteinander verglichen; auf eine vertiefte Analyse und Bewertung wird im Rahmen dieser Umfrage verzichtet.

Die befragten Kommunen hatten zudem die Möglichkeit, in einem Freitextfeld zusätzliche Einschätzungen und Rückmeldungen zum Stand der Digitalisierung, zum möglichen Nutzen sowie zu den Herausforderungen und Handlungsbedarfen zu hinterlegen. Besonders markante Freitext-Antworten wurden zum Zweck der Veranschaulichung an thematisch passenden Stellen im Ergebnisbericht anonymisiert aufgeführt.⁷

Teilnahme der Kommunen an der Umfrage nach Bundesländern

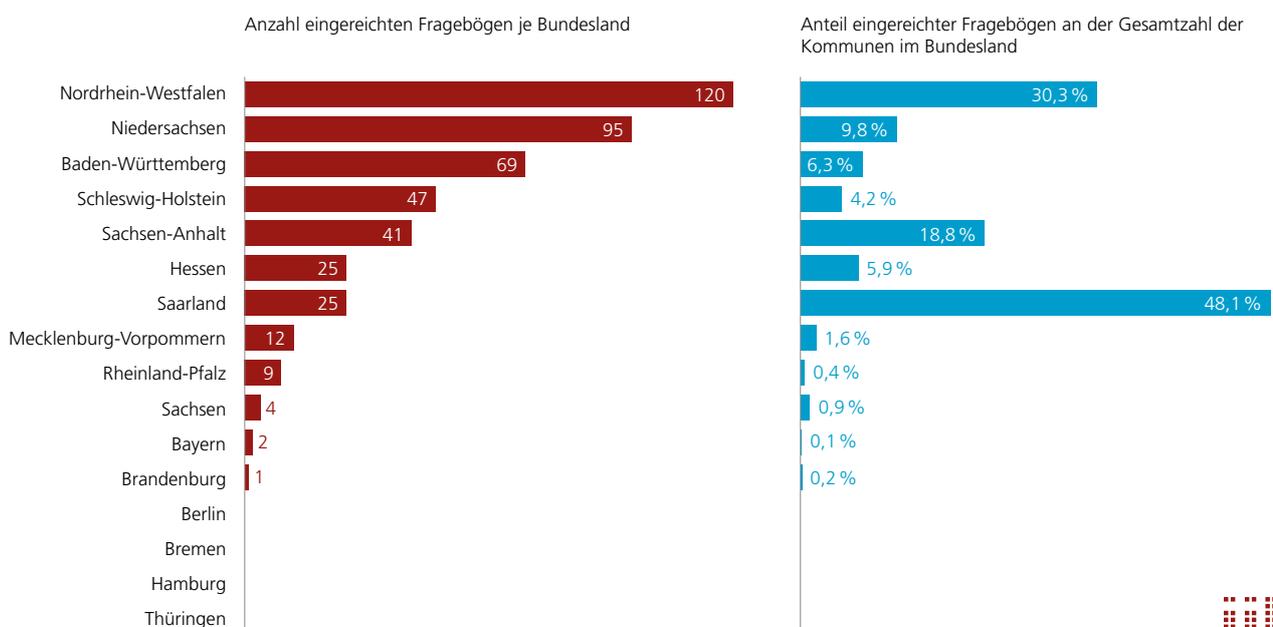


Abbildung 1: Teilnahme der Kommunen an der Umfrage nach Bundesland

⁷ Die Freitext-Antworten wurden unverändert übernommen, lediglich orthografische Fehler wurden korrigiert. Es wurden insgesamt 58 Freitext-Antworten eingereicht.

Datensätze und Teilnahmestruktur

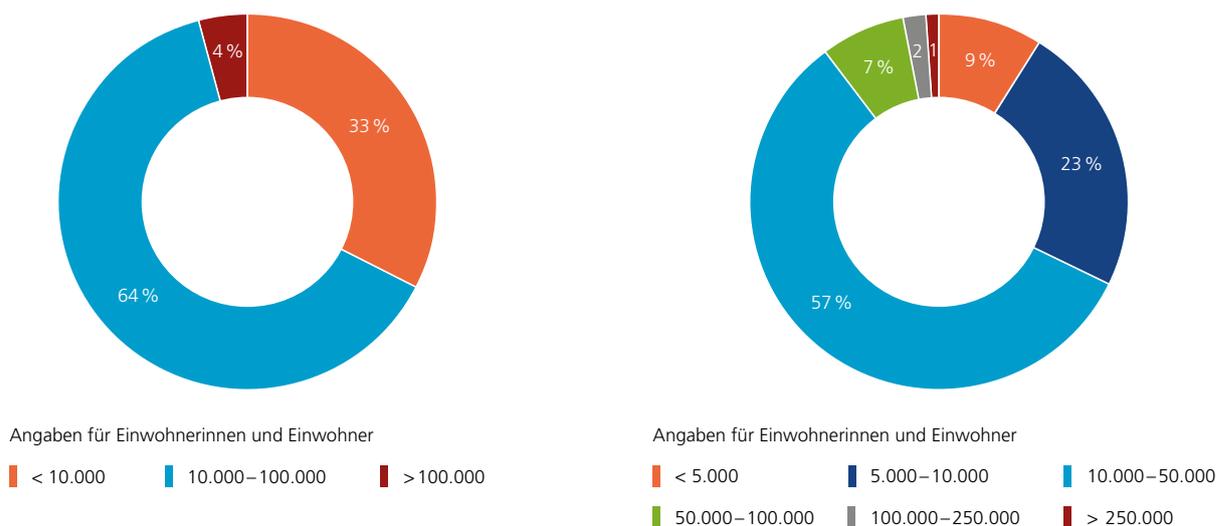
Die Gesamtzahl der Datensätze, bei denen der Fragebogen von den teilnehmenden Kommunen vollständig ausgefüllt wurde, betrug 450. Den höchsten Anteil an teilgenommenen Kommunen pro Bundesland verzeichnet das Saarland: Hier haben sich 25 der insgesamt 52 Kommunen an der Umfrage beteiligt (48,1 Prozent). Ebenfalls eine hohe Beteiligung verzeichnen die Kommunen aus Nordrhein-Westfalen mit 30,3 Prozent (120 von insgesamt 396 Kommunen) sowie die Städte und Gemeinden aus Sachsen-Anhalt mit einem Anteil von 18,8 Prozent (41 von 218 Kommunen insgesamt). Keine Zahlen liegen vor aus dem Freistaat Thüringen sowie aus den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg (siehe Abbildung 1).

Kommunen mit einer Größe von mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern lag die Teilnahme bei nur 1 Prozent, was einer Anzahl von sechs beantworteten Umfragebögen entspricht (siehe Abbildung 2).

Teilnahmestruktur nach Größe der Kommune

Eine besonders hohe Teilnehmerdichte konnte die Umfrage bei Kommunen mit einer Größe von 10.000 bis 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (57 Prozent) sowie 5.000 bis 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (23 Prozent) erzielen. Bei den

Anteil eingereicherter Fragebögen nach Größe der Kommune (in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 2: Anteil eingereicherter Fragebögen nach Größe der Kommune

3 Ergebnisse des „Zukunftsradar Digitale Kommune“

Für dem Zukunftsradar werden Fragen zum aktuellen Grad der Digitalisierung in der Kommunalverwaltung und zum Breitbandausbau sowie zum aktuellen Stand der Digitalisierung in den verschiedenen kommunalen Lebensbereichen gestellt. Darüber hinaus sind Fragen zu möglichen Handlungsbedarfen und zum Nutzen der Digitalisierung enthalten – denn nicht in jedem Fall ist ein Mehr an Digitalisierung wirklich sinnvoll.

Um die richtigen Weichen für die Zukunft stellen zu können, ist schließlich auch die Wahl der Instrumente von besonderer Bedeutung. In der Erhebung wird daher ein besonderer Fokus auf unterstützende Aktivitäten – wie eine Vernetzung mit anderen Kommunen oder externe Beratungsdienstleistungen – und mögliche Umsetzungs- bzw. Digitalisierungsstrategien gelegt.

Die Ergebnisse werden in der Regel nach Bundesländern und Kommunengröße aufgeschlüsselt, da davon auszugehen ist, dass der aktuelle Status und die Herausforderungen bei der Digitalisierung von Bundesland zu Bundesland sowie je nach Größe der Kommune variieren können. In den Fällen ohne zusätzlichen Erkenntnisgewinn wird auf eine Aufschlüsselung verzichtet. Darüber hinaus werden mehrfach in Kreuzauswertungen die Ergebnisse unterschiedlicher Fragen miteinander verknüpft um mögliche Zusammenhänge zu erfassen.

Status der Digitalisierung in den Kommunen

Der erste Teil des Ergebnisberichts gibt einen Einblick zum aktuellen Stand der Digitalisierung in den Kommunen. Zu diesem Zweck hat die Erhebung Einschätzungen zu den technischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen in der Kommune sowie zum aktuellen Stand der Digitalisierung in neun verschiedenen Bereichen abgefragt. Darüber hinaus wurden die Befragten um eine Selbsteinschätzung gebeten, ob sich die Kommunen auf die Digitalisierung gut vorbereitet fühlen.

Fragen-Set zum Status:

- ▶ Wie schätzen Sie den aktuellen Stand der Digitalisierung in Ihrer Kommune insgesamt ein?
- ▶ Ist Ihre Kommune gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben?
- ▶ Wie schätzen Sie den aktuellen Status in Ihrer Kommune zu den einzelnen Themen der Digitalisierung ein?
- ▶ Wie schätzen Sie den Stand der Digitalisierung für die unterschiedlichen Bereiche in Ihrer Kommune ein?

Frage: Wie schätzen Sie den aktuellen Stand der Digitalisierung in Ihrer Kommune ein?

Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt (Gesamtauswertung in Prozent)

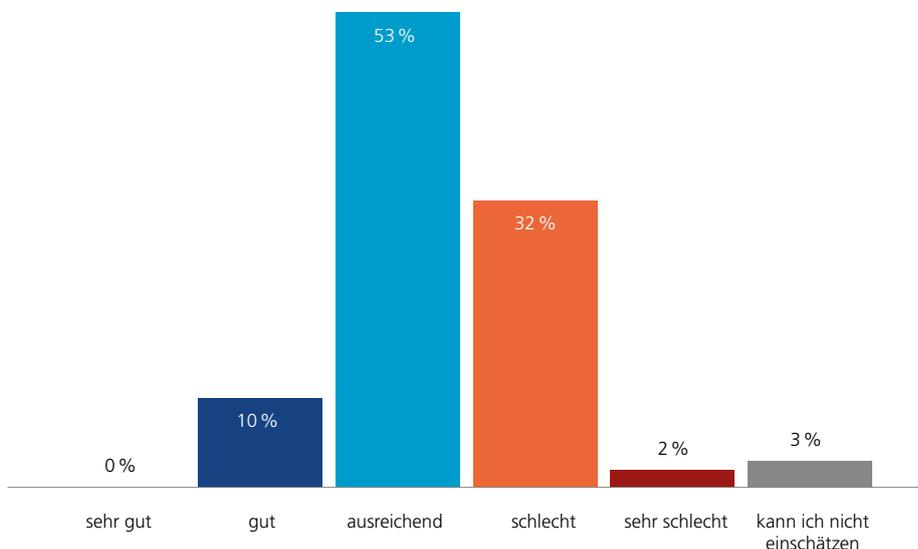
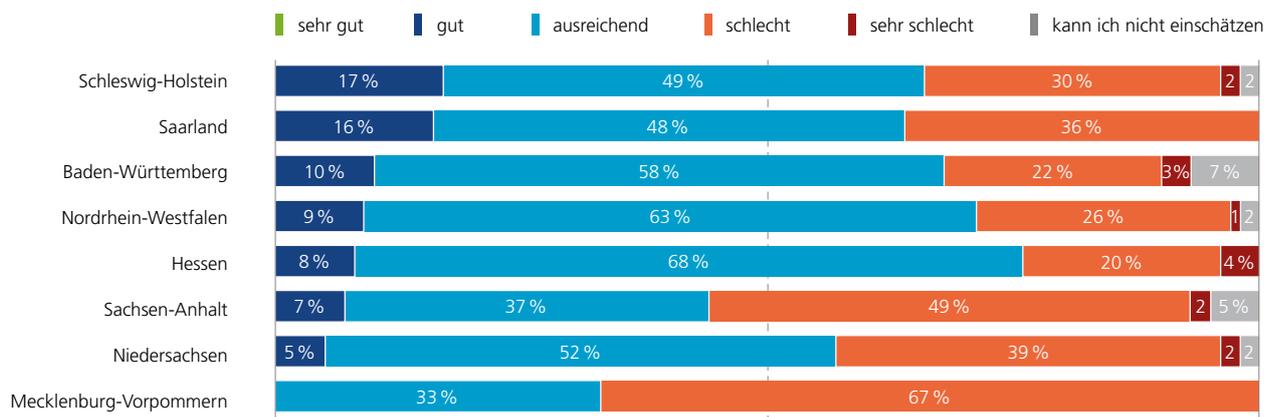


Abbildung 3: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt (Gesamtauswertung)

Frage: Wie schätzen Sie den aktuellen Stand der Digitalisierung in Ihrer Kommune ein?

Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt (nach Bundesländern* in Prozent**)



*nur Bundesländer mit n > 12 Beteiligungen
 **Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 4: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt (nach Bundesländern)

Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt

Nur 10 Prozent der befragten Kommunen schätzen den Stand in ihrer Kommune als „gut“ ein, lediglich eine Kommune bewertet den aktuellen Stand als „sehr gut“. Mehr als ein Drittel der Kommunen (34 Prozent) bewerten den Stand sogar als „schlecht“ bis „sehr schlecht“. Die Mehrheit der der Befragten (53 Prozent) schätzt den Stand der Digitalisierung in der eigenen Kommune immerhin als „ausreichend“ ein. 3 Prozent der befragten Kommunen können den Stand der Digitalisierung in ihrer Kommune allerdings überhaupt nicht einschätzen (siehe Abbildung 3).

Auffallend ist, dass die Kommunen ihren Stand – insgesamt betrachtet – weder sehr gut noch sehr schlecht, sondern als ausreichend bewerten. Daraus lässt sich ableiten, dass die Kommunen bei der Digitalisierung zwar einen Handlungsbedarf ausmachen, die Situation aber grundsätzlich nicht dramatisch einschätzen.

Die Auswertung zum aktuellen Stand der Digitalisierung nach Bundesländern bestätigt die Aussage ebenfalls, dass die meisten Kommunen ihren Status als ausreichend definieren. Ein Ost-West- oder Nord-Süd-Gefälle kann aus den Ergebnissen nicht abgeleitet werden. Im direkten Vergleich weisen die einzelnen Bundesländer allerdings gewisse Unterschiede im Antwortverhalten auf: Während beispielsweise 17 Prozent der befragten Städte und Gemeinden aus Schleswig-Holstein ihren Status als „gut“ bewerten, schätzen 67 Prozent der Kommunen aus Mecklenburg-Vorpommern den Stand der Digitalisierung in ihrer Kommune als „schlecht“ ein (siehe Abbildung 4).

Frage: Wie schätzen Sie den aktuellen Stand der Digitalisierung in Ihrer Kommune ein?

Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt
(nach Größe der Kommune in Prozent)

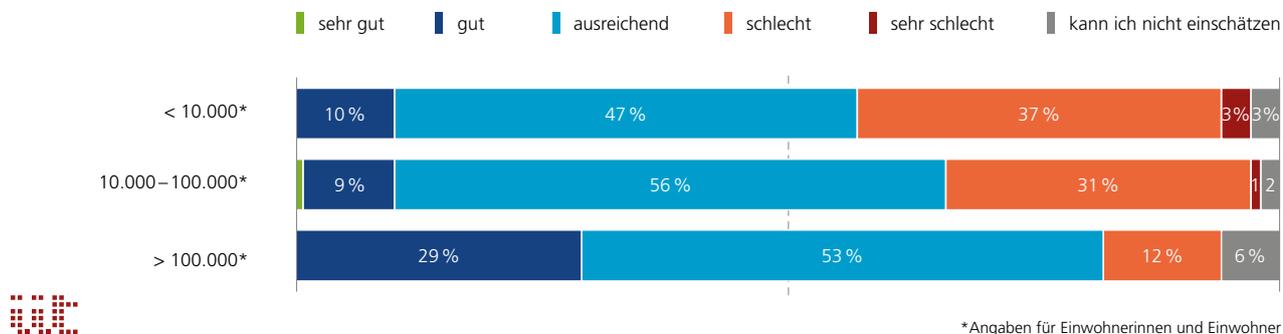


Abbildung 5: Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung insgesamt (nach Größe der Kommune)

Die Auswertung nach Größe der Kommune zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen sehr kleinen (< 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner), kleinen bis mittleren (10.000 – 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie großen und sehr großen Kommunen (> 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner): So bewerten sehr kleine Kommunen ihren Stand weitaus häufiger als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ (40 Prozent) als große Kommunen (12 Prozent). Im Umkehrschluss attestierten große bzw. sehr Kommunen ihrer Digitalisierung häufiger einen guten Status (29 Prozent) als sehr kleine Kommunen (10 Prozent).

Ausgehend von den Ergebnissen kann daher vermutet werden, dass der Grad Digitalisierung einer Kommune mit ihrer Größe zunimmt (siehe hierzu Abbildung 5).

Wie gut vorbereitet fühlen sich die Kommunen auf die Digitalisierung?

Insgesamt betrachtet fühlt sich knapp jede zweite Kommune gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben (49 Prozent). Umgekehrt fühlen sich 51 Prozent der befragten Kommunen schlecht vorbereitet (siehe Abbildung 6).

Die Auswertung nach Bundesländern zeigt grundsätzlich keine große Verschiebung im Antwortverhalten. Lediglich im direkten Vergleich können geringfügige Unterschiede festgestellt werden: So fühlen sich in Nordrhein-Westfalen 72 von 120 Kommunen (60 Prozent) gut vorbereitet, in Sachsen-Anhalt sind es lediglich 37 Prozent der befragten Städte und Gemeinden (siehe Abbildung 7).

Frage: Ist Ihre Kommune gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben?

Einschätzung zum Stand der Vorbereitung auf die Digitalisierung
(Gesamtauswertung in Prozent)

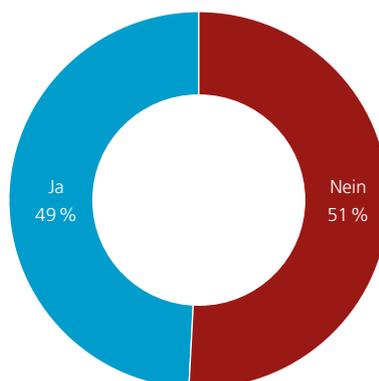
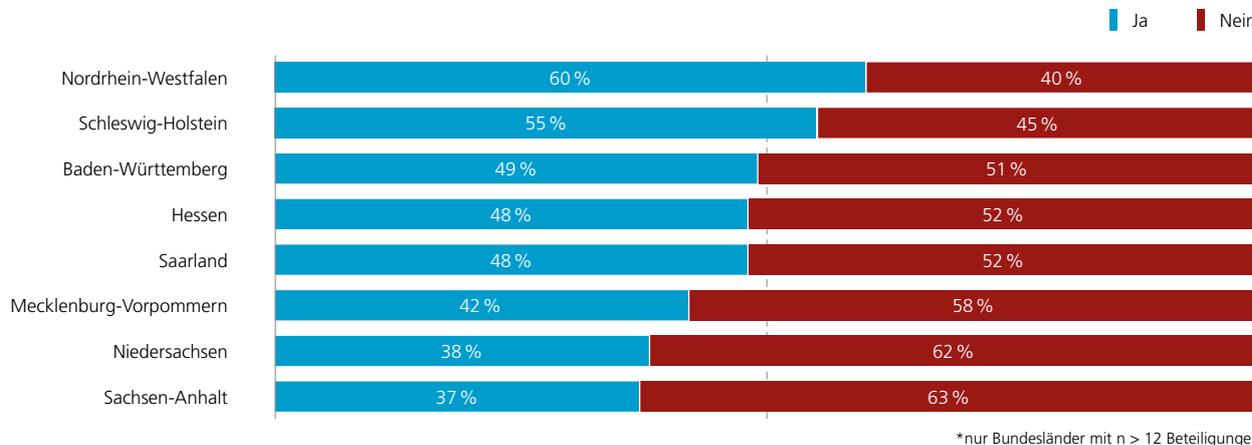


Abbildung 6: Einschätzung zum Stand der Vorbereitung auf die Digitalisierung (Gesamtauswertung)

Frage: Ist Ihre Kommune gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben?

Einschätzung zum Stand der Vorbereitung auf die Digitalisierung
(nach Bundesländern* in Prozent)



*nur Bundesländer mit n > 12 Beteiligungen

Abbildung 7: Einschätzung zum Stand der Vorbereitung auf die Digitalisierung (nach Bundesländern)

Insgesamt betrachtet lassen die Ergebnisse vermuten, dass die spezifischen Rahmenbedingungen im Bundesland keinen signifikanten Einfluss darauf haben, ob sich ein Bundesland gut oder schlecht aufgestellt fühlt, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben.

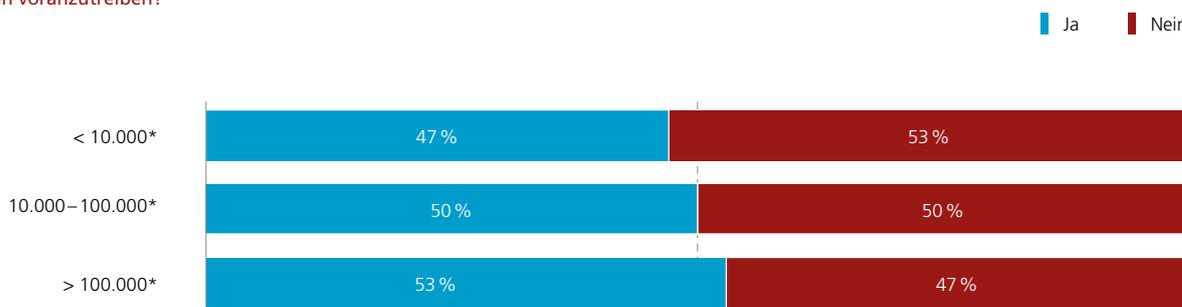
„Als Voraussetzung für die Umsetzung aller Themen steht die Thematik des Breitbandausbaus. Hier müssen die Grundvoraussetzungen geschaffen werden, um die Digitalisierung tatsächlich weiter umsetzen und vorantreiben zu können.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Auch die Größe der Kommune scheint ebenfalls keinen signifikanten Einfluss auf die Einschätzung zu haben, ob sich die eigene Stadt oder Gemeinde gut oder schlecht vorbereitet fühlt, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben. So bejahten sehr kleine Kommunen die Frage mit 47 Prozent, kleine bis mittlere Kommunen mit 50 Prozent und große bzw. sehr große Kommunen mit 53 Prozent (siehe Abbildung 8).

Frage: Ist Ihre Kommune gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben?

Einschätzung zum Stand der Vorbereitung auf die Digitalisierung
(nach Größe der Kommune in Prozent)



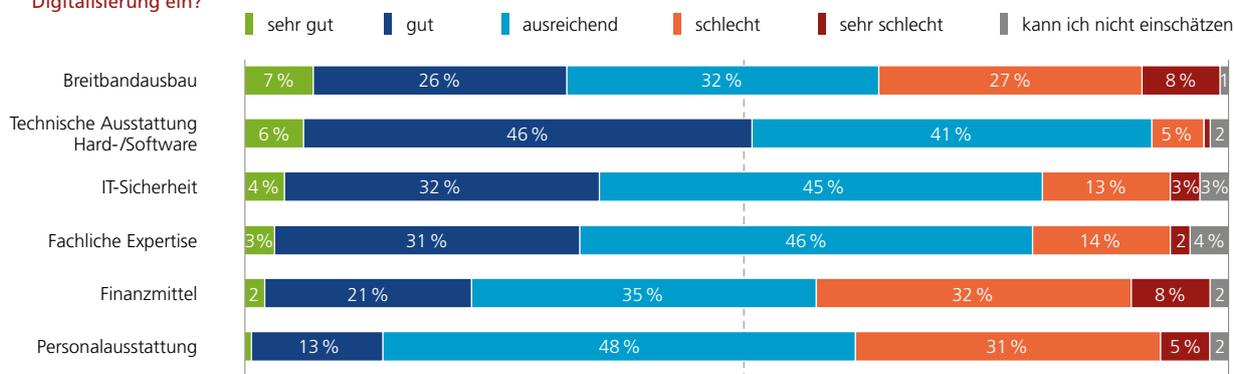
*Angaben für Einwohnerinnen und Einwohner

Abbildung 8: Einschätzung zum Stand der Vorbereitung auf die Digitalisierung (nach Größe der Kommune)

Frage: Wie schätzen Sie den aktuellen Status in Ihrer Kommune zu den einzelnen Themen der Digitalisierung ein?

Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Themen

(Gesamtauswertung in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 9: Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Themen (Gesamtauswertung)

Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung nach Themen

Insgesamt betrachtet wird der Status in den Kommunen zu den sechs verschiedenen Themen der Digitalisierung mehrheitlich als „ausreichend“ eingeschätzt. Positiv sticht vor allem das Thema „Technische Ausstattung Hard-/Software“ hervor: Jede zweite Kommune bewertet die technische Ausstattung der Arbeitsplätze mit „gut“ oder „sehr gut“ (52 Prozent). Eher schlecht sieht es in den Kommunen beim Thema „Finanzmittel“ aus: Hier schätzen 40 Prozent der Befragten die Situation als „schlecht“ bis „sehr schlecht“ ein. Auch bei den Themen „Personalausstattung“ (36 Prozent) und „Breitbandausbau“ (35 Prozent) vergeben die Kommunen schlechte bis sehr schlechte Noten (siehe Abbildung 9).

Obleich der Status zu den einzelnen Themen von den Kommunen insgesamt als „ausreichend“ bewertet wird und keine starken „Ausreißer-Themen“ identifiziert werden konnten, lässt sich aus den Ergebnissen dennoch ableiten, dass einige Kommunen bei den Themen Personalausstattung, Finanzmittel und Breitbandausbau einen Nachholbedarf feststellen.

Bei der Betrachtung der einzelnen Digitalisierungsthemen, bezogen auf die einzelnen Bundesländer⁸, lassen sich ebenfalls kaum Auffälligkeiten identifizieren: Lediglich der Indexwert für den Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 4,17 deutlich über dem Mittelwert⁹. Dieser ins Negative abwei-

chende Indexwert zeigt jedoch nur eine schlechtere Bewertung beim Thema Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen an – beispielsweise im Gegensatz zu Hessen, wo der Indexwert bei 2,28 liegt und die Kommunen ihre Situation deutlich besser einschätzen (siehe Abbildung 10).

Eine Aussage dazu, wie der Status des lokalen Breitbandausbaus in den einzelnen Ländern tatsächlich aussieht, lässt sich aus den erhobenen Indexwerten nicht ableiten. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Problematik des Breitbandausbaus in Mecklenburg-Vorpommern – aufgrund der ländlichen Struktur des Bundeslandes – tatsächlich signifikanter ausgeprägt ist als im urban strukturierten Nordrhein-Westfalen.

„Als Amtsverwaltung mit knapp 10.000 Einwohnern sind wir bemüht den Anforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden. Wir informieren uns allseitig, sind Mitglied im Zweckverband eGov Mecklenburg-Vorpommern und haben einen Vertrag mit einem externen Dienstleister, der uns bei Problemen mit der Hard- und Software behilflich ist. Trotz allem sind die Anforderungen an die Digitalisierung sehr hoch und komplex, sodass die finanzielle, materielle und personelle Ausstattung fehlt.“

Auszug aus einer Freitextantwort

8 Berücksichtigt wurden bei der Betrachtung nur jene Bundesländer, in denen sich mindestens zwölf Kommunen (n > 12 pro Bundesland) an der Umfrage beteiligt haben.
 9 Der Mittelwert liegt bei 3 (ausreichend) und bezieht sich auf eine Ordinalskala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht)

Frage: Wie schätzen Sie den aktuellen Status in Ihrer Kommune zu den einzelnen Themen der Digitalisierung ein?

Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Themen (nach Bundesland*)



■ sehr gut ■ sehr schlecht

	Breitband-ausbau	Technische Ausstattung Hard-/Software	Fachliche Expertise	Finanzmittel	IT-Sicherheit	Personal-ausstattung
Baden-Württemberg	3,06	2,55	2,98	3,00	2,90	3,23
Hessen	2,28	2,20	2,64	3,12	2,64	3,40
Mecklenburg-Vorpommern	4,17	2,67	2,91	3,33	2,75	3,17
Niedersachsen	3,39	2,55	2,98	3,29	2,91	3,29
Nordrhein-Westfalen	2,82	2,39	2,60	3,11	2,62	3,15
Saarland	2,38	2,44	2,72	3,88	2,92	3,44
Sachsen-Anhalt	3,50	2,73	2,86	3,83	2,79	3,32
Schleswig-Holstein	2,67	2,38	2,77	2,93	2,69	3,35

*nur Bundesländer mit n > 12 Beteiligungen

Abbildung 10: Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Themen (nach Bundesland)

Insgesamt betrachtet hat die Größe der Kommune keinen signifikanten Einfluss darauf, ob die Situation zu den einzelnen Themen unterschiedlich eingeschätzt wird. Die größten Unterschiede liegen bei der Statusbewertung des Breitbandausbaus und der fachlichen Expertise: So sehen sehr kleine Kommunen das Thema „Breitbandausbau“ negativer (Indexwert von 3,27) als große bis sehr große Kommunen (2,38). Auch der Stand

bei der fachlichen Expertise wird von sehr kleinen Kommunen (2,94) schlechter eingeschätzt als von Kommunen mit einer Größe von mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (2,44). Aufgrund der sehr geringen Unterschiede lassen sich aus den Werten insgesamt keine Tendenzen ableiten (siehe Abbildung 11).

Frage: Wie schätzen Sie den aktuellen Status in Ihrer Kommune zu den einzelnen Themen der Digitalisierung ein?

Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Themen (nach Größe der Kommune)



■ < 10.000* ■ 10.000–100.000* ■ > 100.000*
*Angaben für Einwohnerinnen und Einwohner

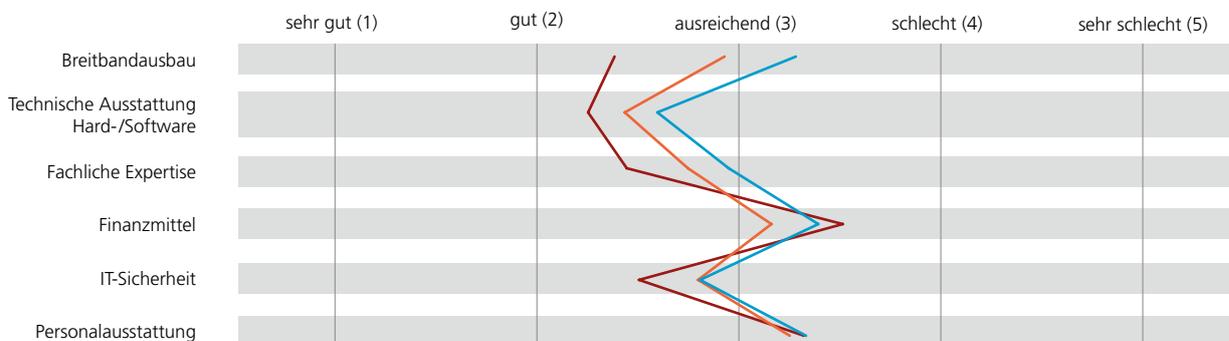


Abbildung 11: Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Themen (nach Größe der Kommune)

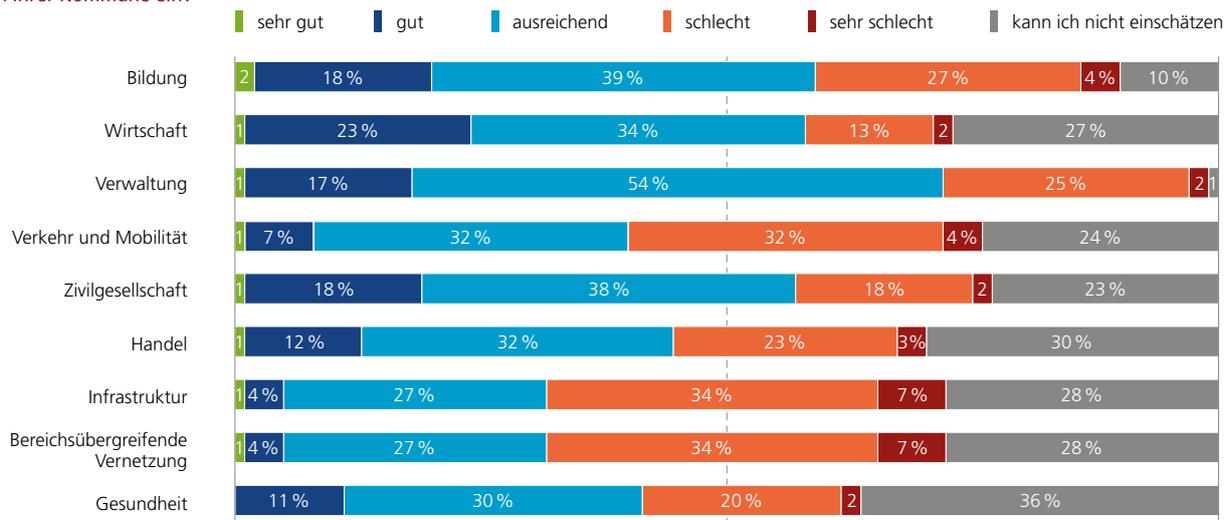
Einschätzung der Kommunen zum aktuellen Stand der Digitalisierung nach Bereichen

Insgesamt betrachtet wird der Stand für die verschiedenen Gestaltungs- und Handlungsfelder der Kommune als ausreichend eingeschätzt. Als gering entwickelt wird der Stand der „Bereichsübergreifenden Vernetzung“ und „Infrastruktur“ bewertet. Beiden Bereiche wird von jeweils 41 Prozent der befragten Kommunen ein schlechter bis sehr schlechter Stand attestiert. Leicht positiv schneidet hingegen der Bereich „Wirtschaft“ ab. Hier gaben immerhin 24 Prozent der Kommunen an, dass sie den aktuellen Status als „gut“ bis „sehr gut“ einschätzen (siehe Abbildung 12). Auffallend ist, dass die Kommunen den Stand der Digitalisierung in den verschiedenen Bereichen oft weder mit „gut“ bzw. „sehr gut“ noch „schlecht“ bzw. sehr schlecht“,

sondern mit „ausreichend“ bewerten. Auch der leicht negative Indexwert (3,6) für die bereichsübergreifende Vernetzung ist kaum verwunderlich. Denn: Es lassen sich nur diejenigen Felder gut miteinander vernetzen, die bereits gut aufgestellt sind. Eine geringe Vernetzung lässt also häufig auch auf einen geringen Digitalisierungsgrad der Kommune schließen.

Frage: Wie schätzen Sie den Stand der Digitalisierung für die folgenden neun Bereiche in Ihrer Kommune ein?

Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Handlungsbereichen
(Gesamtauswertung in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 12: Einschätzung zum Stand der Digitalisierung nach Handlungsbereichen (Gesamtauswertung)

Besonders auffällig ist das Ergebnis, dass die Kommunen den Stand in vielen Bereichen überhaupt nicht einschätzen können: Im Bereich „Gesundheit“ gaben 36 Prozent der Kommunen an, dass sie den Stand der Digitalisierung nicht beurteilen können. Auch in anderen Bereichen fehlt den Kommunen oftmals der Einblick, um den Status der Digitalisierung überhaupt bewerten zu können: So gaben beim Bereich „Handel“ 30 Prozent, bei „Infrastruktur“ und „Bereichsübergreifender Vernetzung“ jeweils 28 Prozent und bei „Wirtschaft“ 27 Prozent der befragten Städte und Gemeinden an, den aktuellen Stand der Digitalisierung in ihrer Kommune nicht einschätzen zu können. Niedrig ist hingegen der Wert für das Thema „Verwaltung“. Hier geben nur vier Kommunen (1 Prozent) an, den Digitalisierungsgrad nicht einschätzen zu können (siehe Abbildung 13).

Warum der Digitalisierungsgrad in vielen Bereichen von kommunalen Leitungspersonen nur bedingt eingeschätzt werden kann, lässt sich mit den Umfrageergebnissen nicht beantworten. Es kann jedoch vermutet werden, dass die Digitalisierung bislang kaum ganzheitlich gedacht wird und die Kommunalverwaltung ihre Handlungskompetenz vor allem im Bereich der Stadtverwaltung sieht und ausübt.

Frage: Wie schätzen Sie den Stand der Digitalisierung für die folgenden neun Bereiche in Ihrer Kommune ein?

Anteil der Befragten, der den Stand der Digitalisierung in den Handlungsbereichen nicht einschätzen kann

(Auszug aus der Gesamtauswertung in Prozent)

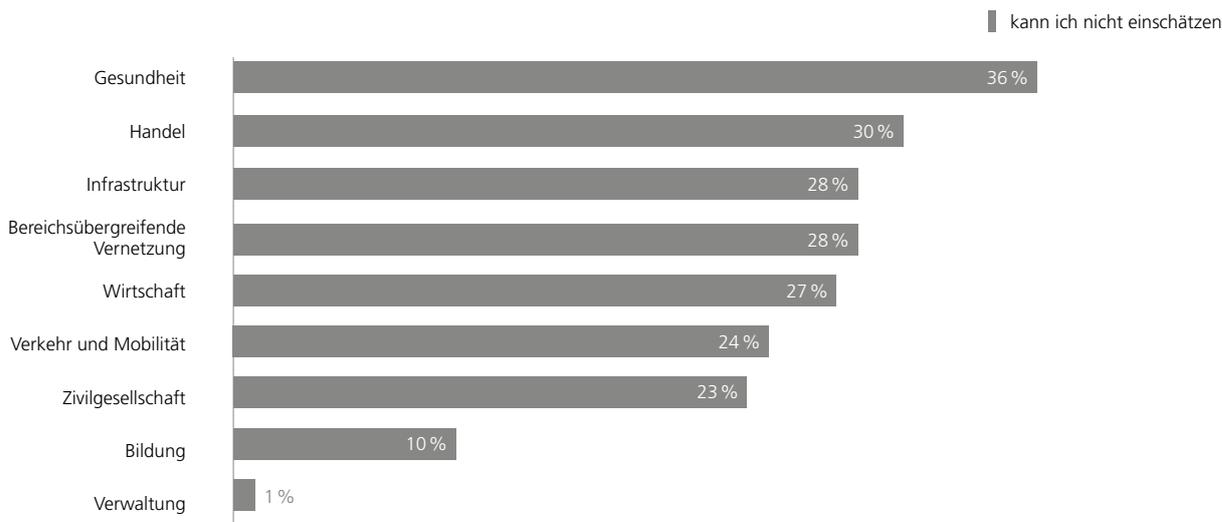


Abbildung 13: Anteil der Kommunen, der den Stand der Digitalisierung in den Bereichen nicht einschätzen kann (Auszug aus Gesamtauswertung, siehe Abbildung 12)

Nutzen der Digitalisierung in den Kommunen

Nur wenn digitale Anwendungen und Services auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie die Anforderungen der Kommunalverwaltung zugeschnitten sind, können sie ihren tatsächlichen Mehrwert im kommunalen Alltag entfalten. Um ein möglichst realistisches Bild zeichnen zu können, in welchen Lebensbereichen Kommunen eine besonders hohe „Digitale Dividende“ sehen, wird im Folgenden die Frage nach dem Nutzen auf die neun Handlungsbereiche der Kommune angewendet. Ein besonderer Fokus bei der Auswertung liegt auf möglichen Unterschieden im Antwortverhalten von kleinen, mittleren und großen Kommunen.

Fragen-Set zum Nutzen:

- ▶ Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung in Ihrer Kommune insgesamt ein?
- ▶ Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung in den einzelnen Bereichen ein?
- ▶ Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger in den einzelnen Bereichen ein?
- ▶ Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung für die Arbeit der Kommunalverwaltung in den einzelnen Bereichen ein?

Einschätzung der Kommunen zum künftigen Nutzen der Digitalisierung insgesamt

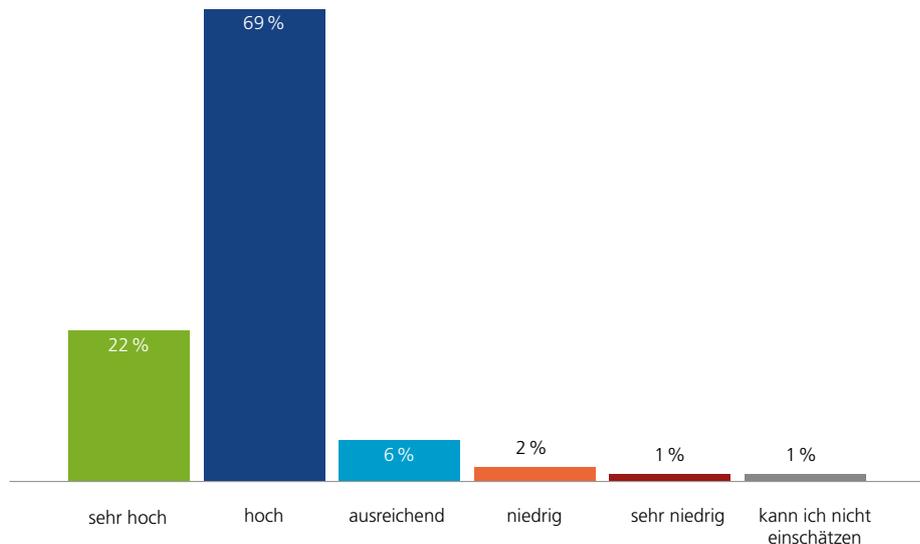
Der künftige Nutzen der Digitalisierung wird von 69 Prozent der Kommunen als „hoch“, von 22 Prozent sogar als „sehr hoch“ bezeichnet. Demgegenüber gaben lediglich 3 Prozent der Befragten an, dass sie den Nutzen als „niedrig“ oder „sehr niedrig“ einschätzen. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass die Teilnehmenden der Umfrage ein großes Potenzial in einer stärkeren Digitalisierung ihrer Kommunen sehen.

„Wir sind seit einem Jahr dabei, in unserer Verwaltung ein DMS (Dokumentenmanagementsystem) einzuführen und bemerken in dem Zusammenhang die immensen Vorteile (z. B. Kosten-, Zeit- und letztlich Personalersparnis), die eine konsequente Digitalisierung bietet.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Frage: Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung in Ihrer Kommune insgesamt ein?

Einschätzung zum Nutzen der Digitalisierung insgesamt (Gesamtauswertung in Prozent*)

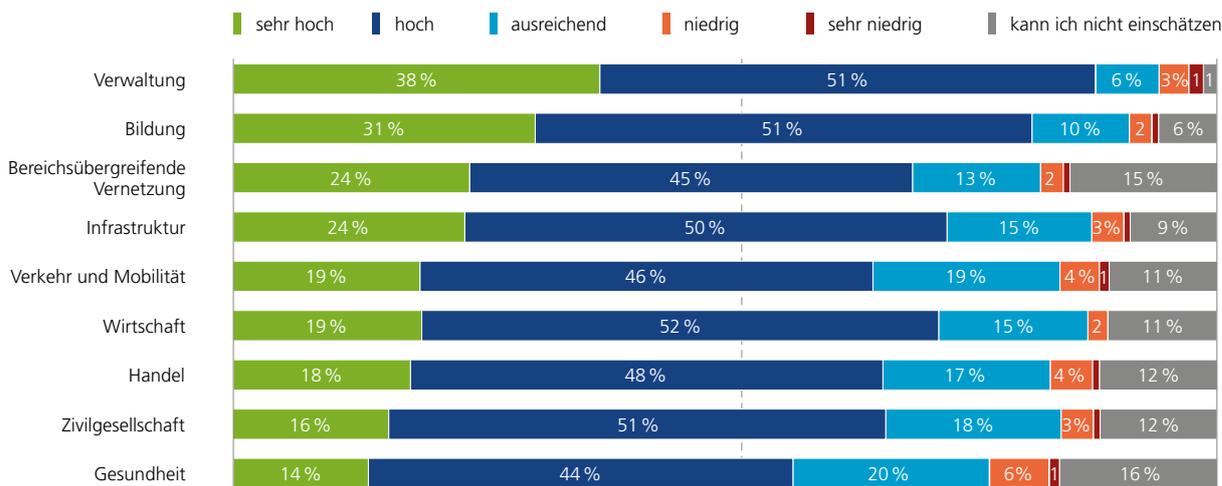


*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 14: Einschätzung zum Nutzen der der Digitalisierung insgesamt (Gesamtauswertung)

Frage: Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung in den einzelnen Bereichen ein?

Einschätzung zum Nutzen der Digitalisierung nach Handlungsbereichen
(Gesamtauswertung in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 15: Einschätzung zum Nutzen der Digitalisierung nach Handlungsbereichen (Gesamtauswertung)

Einschätzung der Kommunen zum künftigen Nutzen der Digitalisierung nach Bereichen

Insgesamt betrachtet schätzen die Kommunen den Mehrwert der Digitalisierung in allen neun Bereichen hoch bis sehr hoch ein. Vor allem im Verwaltungs- und Bildungsbereich sehen die Kommunen ein großes Potenzial der Digitalisierung: So geben 89 Prozent der befragten Kommunen an, dass sie den Nutzen der Digitalisierung für die Verwaltung als „hoch“ bis „sehr hoch“ einschätzen. Im Bildungsbereich bewerten 82 Prozent den Nutzen als „hoch“ bis „sehr hoch“. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse – besonders im Bereich „Gesundheit“ –, dass die befragten Leitungspersonen den Mehrwert für die einzelnen Bereiche nicht beurteilen können (siehe Abbildung 15).

„In Kommunen behält der persönliche Kontakt einen wichtigen Stellenwert. Nicht alles geht digital von zu Hause aus. Die Digitalisierung wird überbewertet vom Nutzen her.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Bei der Einschätzung zum Nutzen der Digitalisierung in den einzelnen Bereichen spielt die Größe der Kommune keine signifikante Rolle. Nahezu deckungsgleich ist die Einschätzung im Bereich Wirtschaft. Auf der Skala¹⁰ von 1 bis 5 bewerten große und sehr große Kommunen (> 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) den Nutzen für den Wirtschaftsbereich durchschnittlich mit 1,97, sehr kleine Kommunen mit 2,06 Punkten. Die Differenz der beiden Bewertungen liegt damit lediglich bei 0,09 Punkten.

Etwas größere Unterschiede können in der Bewertung der Bereiche „Verkehr und Mobilität“ sowie „Bereichsübergreifende Vernetzung“ identifiziert werden. Die größte Abweichung liegt dabei im Bereich „Verkehr und Mobilität“: Während große bis sehr große Kommunen den Nutzen hier mit 1,27 Punkten sehr hoch bewerten, liegt der Wert bei sehr kleinen Kommunen bei 2,22 Punkten (siehe Abbildung 16).

Da die Werte insgesamt betrachtet sehr nahe beieinander liegen, kann lediglich eine leichte Tendenz aus den Ergebnissen dahingehend abgeleitet werden, dass der erwartete Nutzen der Digitalisierung in den Bereichen „Verkehr und Mobilität“ und „Bereichsübergreifende Vernetzung“ mit der Größe der Kommune leicht zunimmt.

Ein Vergleich der Abbildungen 17 und 18 zeigt, dass der Nutzen der Digitalisierung für die Kommunalverwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger insgesamt betrachtet gleich hoch eingeschätzt wird. Kleinere Unterschiede lassen sich lediglich bei der Betrachtung einzelner Bereiche herausfiltern: So schätzen 50 Prozent der befragten Städte und Gemeinden den Nutzen der Digitalisierung des Verwaltungsbereiches für die Kommunalverwaltung als „sehr hoch“ ein, für die Bürgerinnen und Bürger wird der Mehrwert einer digitalen Verwaltung jedoch nur von 32 Prozent der Befragten als „sehr hoch“ eingeschätzt.

„Das Thema wird seit geraumer Zeit viel zu hoch aufgehängt. Digitalisierung ist kein Allheilmittel. In unserer Verwaltung wurden vor rund 20 Jahren verschiedene häufige Formulare digital zur Verfügung gestellt. Die Inanspruchnahme durch den Bürger ist gering.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Frage: Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung in den einzelnen Bereichen ein?

Einschätzung zum Nutzen der der Digitalisierung nach Handlungsbereichen
(nach Größe der Kommune)

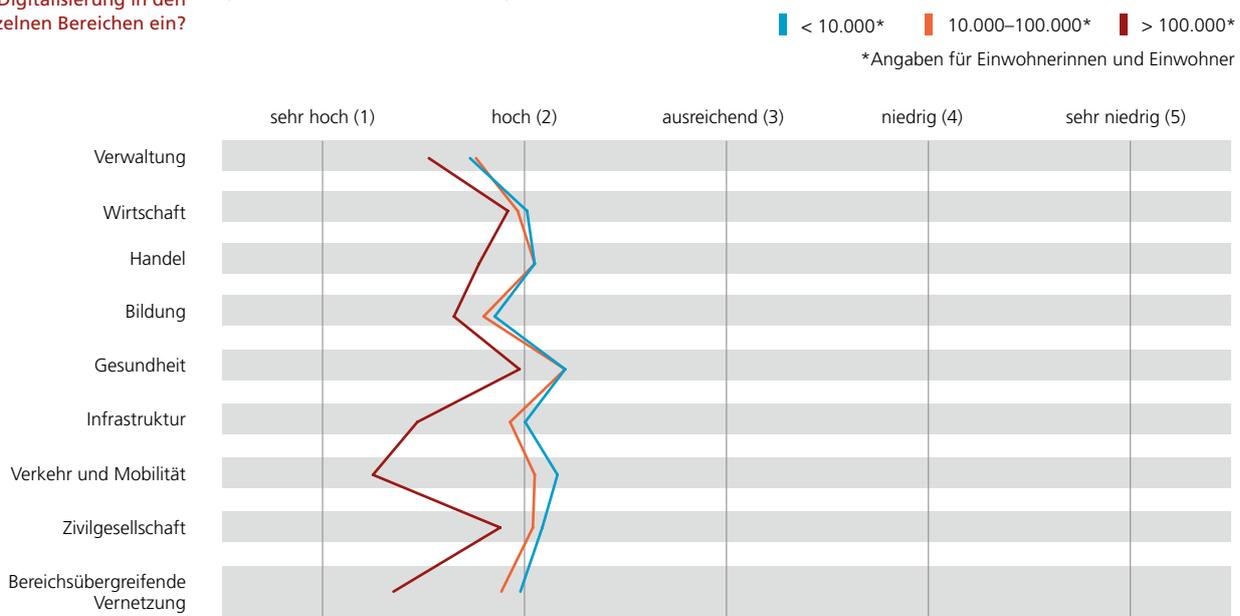
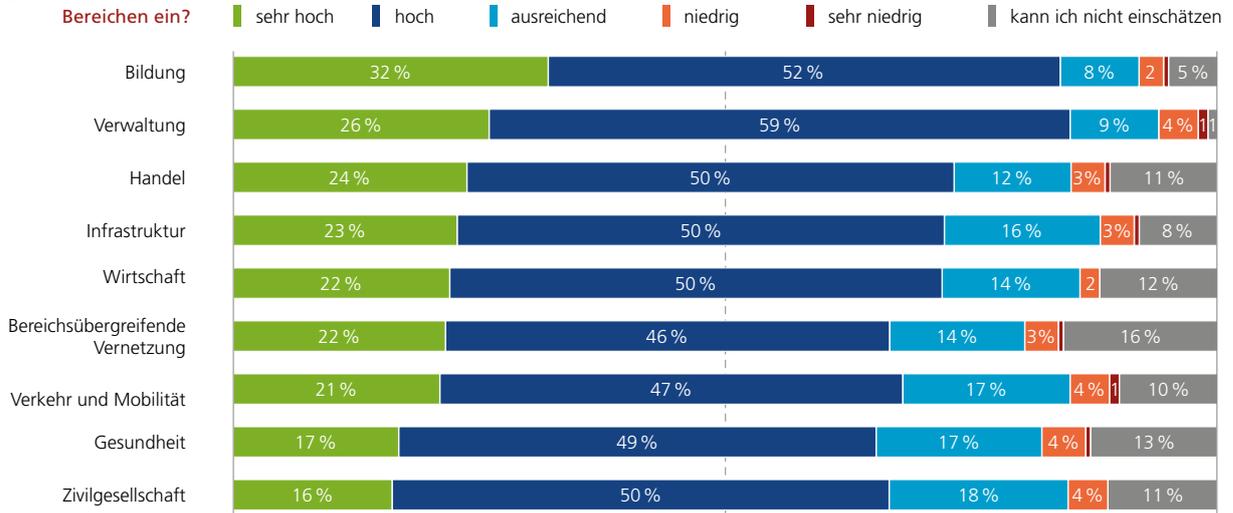


Abbildung 16: Einschätzung zum Nutzen der der Digitalisierung nach Handlungsbereichen (nach Größe der Kommune)

10 Ordinalskala mit den Werten 1 (sehr hoch) bis 5 (sehr niedrig)

Frage: Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger Ihrer Kommune in den einzelnen Bereichen ein?

Einschätzung zum Nutzen der Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger
(Gesamtauswertung in Prozent*)

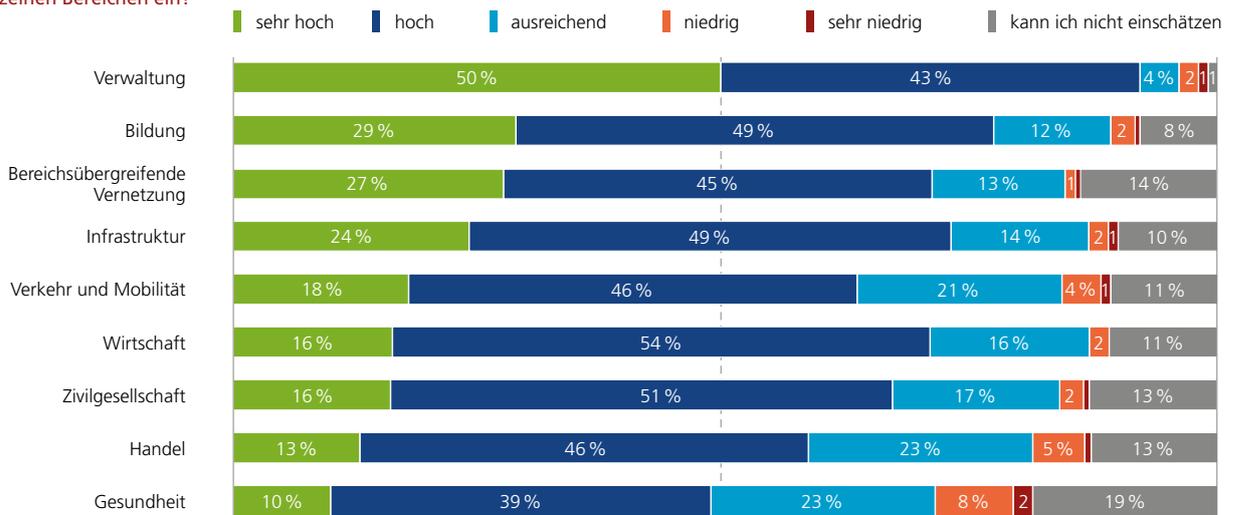


*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 17: Einschätzung zum Nutzen der der Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger (Gesamtauswertung)

Frage: Wie hoch schätzen Sie den künftigen Nutzen der Digitalisierung für die Arbeit Ihrer Kommunalverwaltung in den einzelnen Bereichen ein?

Einschätzung zum Nutzen der Digitalisierung für die Kommunalverwaltung
(Gesamtauswertung in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 18: Einschätzung zum Nutzen der der Digitalisierung für die Kommunalverwaltung (Gesamtauswertung)

Handlungsbedarf bei der Digitalisierung in den Kommunen

In Zeiten knapper Kassen und dünner werdender Personaldecken stehen kommunalen Vorhaben grundsätzlich doppelt auf dem Prüfstand. Ob Maßnahmen zur kommunalen Digitalisierung umgesetzt werden, hängt dabei nicht nur von ihrem Nutzen ab, sondern auch davon, wie akut der Handlungsbedarf eingeschätzt wird. In der Umfrage hatten die befragten Kommunen die Möglichkeit, Handlungsbedarfe – aufgeschlüsselt nach Themen und Bereichen – aus ihrer Sicht zu priorisieren. Mögliche Unterschiede hinsichtlich der Kommunengröße wurden bei der Auswertung besonders berücksichtigt.

Fragen-Set zum Handlungsbedarf

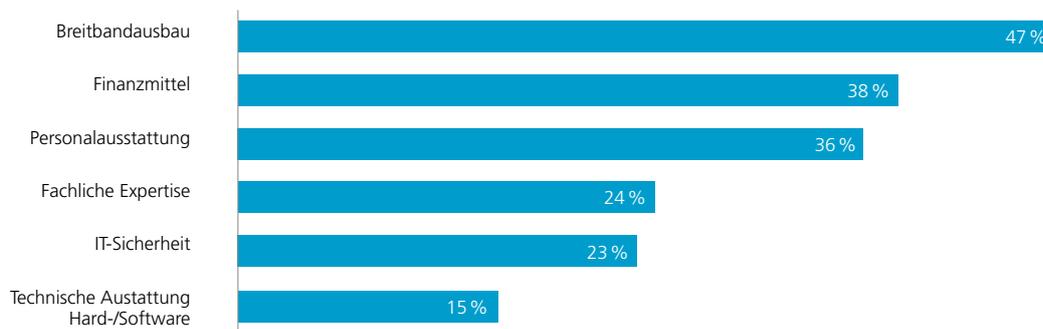
- ▶ Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf beim Thema Digitalisierung in Ihrer Kommune?
- ▶ In welchen der neun Bereiche sehen Sie den größten Handlungsbedarf für die Digitalisierung in Ihrer Kommune?

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen

35 Prozent der Kommunen beurteilen den aktuellen Stand beim „Breitbandausbau“ in der eigenen Kommune als „schlecht“ bis „sehr schlecht“. Fast zwei Drittel der befragten Kommunen schätzen den Ausbau jedoch als „sehr gut“ bis immerhin „ausreichend“ ein (vgl. Abbildung 9, S. 16). Dennoch sehen die Kommunen mit 47 Prozent im Breitbandausbau den größten Handlungsbedarf. Ebenfalls einen hohen Handlungsbedarf sehen die Kommunen beim Thema „Finanzen“ und „Personal“ (siehe Abbildung 19). Bei der technischen Ausstattung (Hard-/Software) sehen hingegen nur 15 Prozent der Kommunen einen akuten Handlungsbedarf. Dies ist kaum verwunderlich, da hier bereits der aktuelle Stand von 52 Prozent der Kommunen mit „gut“ bis „sehr gut“ und von 41 Prozent mit „ausreichend“ bewertet wird (Abbildung 9, S. 16).

Frage: Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf in Ihrer Kommune beim Thema Digitalisierung?

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen (Gesamtauswertung in Prozent)



Mehrfachnennung möglich

Abbildung 19: Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen (Gesamtauswertung)

Frage: Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf in Ihrer Kommune beim Thema Digitalisierung?

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen
(nach Größe der Kommune in Prozent)

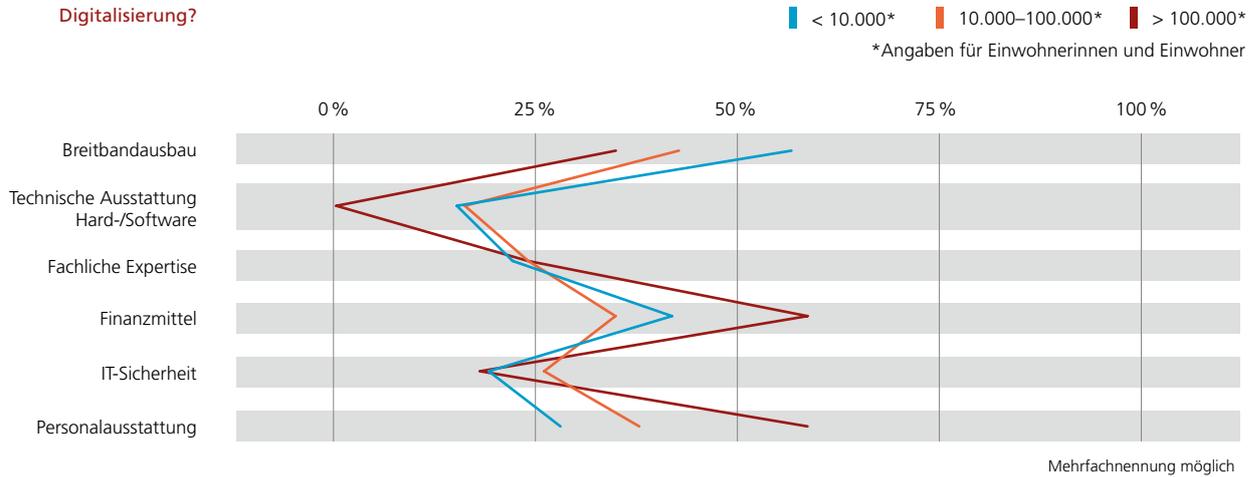


Abbildung 20: Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen (nach Größe der Kommune)

Bei der Einschätzung zum Handlungsbedarf bezogen auf einzelne Aspekte und Themen spielt die Größe der Kommune eine durchaus messbar unterschiedliche Rolle: So sehen beispielsweise nur 28 Prozent der sehr kleinen Kommunen (< 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner), aber 59 Prozent der großen und sehr großen Kommunen (> 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) einen akuten Handlungsbedarf beim Thema „Personalausstattung“. Je größer also die Kommune, desto akuter wird der Handlungsbedarf in Hinblick auf die personelle Ausstattung wahrgenommen. Umgekehrt verhält es sich bei der Einschätzung des Themas „Breitbandausbau“: Hier sehen große und sehr große Kommunen mit 35 Prozent einen deutlich geringeren Handlungsbedarf als sehr kleine Kommunen (57 Prozent). Damit zeigt sich: Je kleiner die Kommune, desto akuter wird der Handlungsbedarf beim Thema Breitbandausbau eingeschätzt (siehe Abbildung 20).

„In unserer Gemeinde bereitet uns bei dem geplanten Breitbandausbau gerade die Erschließung der Außenbereiche große finanzielle Kopfschmerzen.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Frage: Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf in Ihrer Kommune beim Thema Digitalisierung?

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen

(Auswertung bezogen auf die Selbsteinschätzung „gut oder schlecht Vorbereitet auf die Digitalisierung“ in Prozent)

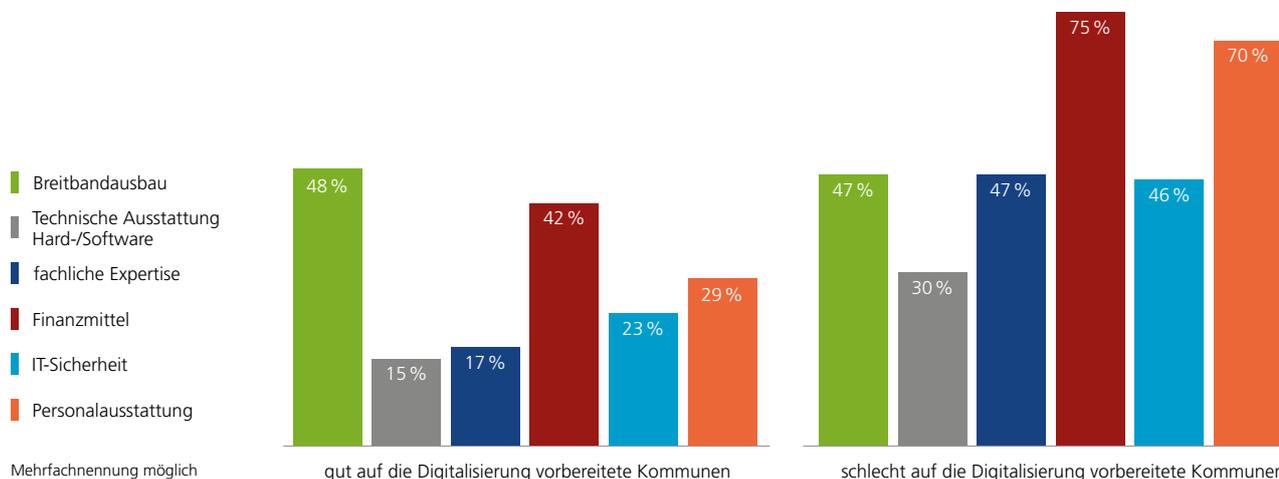


Abbildung 21: Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Themen (bezogen auf die Selbsteinschätzung „gut oder schlecht vorbereitet auf die Digitalisierung“)

Analysiert man das Antwortverhalten nach Kommunen, die sich selbst entweder als gut oder aber als schlecht vorbereitet einschätzen, treten ebenfalls signifikante Unterschiede auf: Von den Kommunen, die sich nicht gut aufgestellt fühlen, sehen drei Viertel (75 Prozent) akuten Handlungsbedarf bei der Ausstattung mit Finanzmitteln und 70 Prozent sehen Handlungsbedarf bei der Personalausstattung. Kommunen, die sich hingegen selber als gut aufgestellt einschätzen, sehen den größten Handlungsbedarf bei den Themen „Breitbandausbau“ (48 Prozent) und zusätzliche Finanzmittel (42 Prozent) – um die Digitalisierung weiter vorantreiben zu können (siehe Abbildung 21).

Diese Ergebnisse bestätigen die grundsätzliche Annahme, dass die finanzielle und personelle Ausstattung aus Sicht der Kommunen eine Grundvoraussetzung für die digitale Transformation darstellen. Ist die Digitalisierung erst einmal als fester Handlungsbereich in der Kommune verankert, werden vor allem die finanziellen Mittel und bessere Anbindung an ein digitales Hochgeschwindigkeitsnetz benötigt, um die Digitalisierung vorantreiben zu können.

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Bereichen

Am meisten – nämlich in etwas mehr als jeder zweiten Kommune (56 Prozent) – wird bei der Digitalisierung der Verwaltung ein akuter Handlungsbedarf gesehen. Auf Rang 2 steht der Bildungsbereich (hier sehen 28 Prozent der befragten Kommunen einen akuten Handlungsbedarf), Rang 3 teilen sich die Bereiche „Infrastruktur“ und „Bereichsübergreifende Vernetzung“ (hier sehen immerhin noch 22 Prozent der befragten Kommunen

einen akuten Handlungsbedarf). Auffällig ist jedoch, dass der Handlungsbedarf für die Bereiche „Gesundheit“ (6 Prozent), „Zivilgesellschaft“ (9 Prozent) und „Handel“ (12 Prozent) im direkten Vergleich zum Bereich „Verwaltung“ von den Befragten deutlich weniger stark betont wird (siehe Abbildung 22).

Bei der Einschätzung zum Handlungsbedarf bezogen auf einzelne Bereiche spielt die Größe der Kommune zwar eine geringe, aber dennoch messbare Rolle: Während beispielsweise 50 Prozent der sehr kleinen Kommunen (< 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner) einen akuten Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Verwaltung sehen, sind es bei den großen und sehr großen Kommunen (> 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) 76 Prozent. Je größer also eine Kommune ist, desto akuter sehen die Befragten den Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Verwaltung. Eine ähnliche Korrelation zeichnet sich bei der Einschätzung der Befragten zur bereichsübergreifenden Vernetzung ab: Je größer die Kommune, desto größer wird der Handlungsbedarf bei der bereichsübergreifenden Vernetzung eingeschätzt (siehe Abbildung 23).

„Weiterhin müsste verstärkt im Bildungswesen einschließlich Bibliotheken die Digitalisierung vorangetrieben werden, hier steckt vieles noch in den Anfängen.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Frage: In welchen der neun Bereiche sehen Sie den größten Handlungsbedarf für die Digitalisierung in Ihrer Kommune?

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Bereichen
(Gesamtauswertung in Prozent)

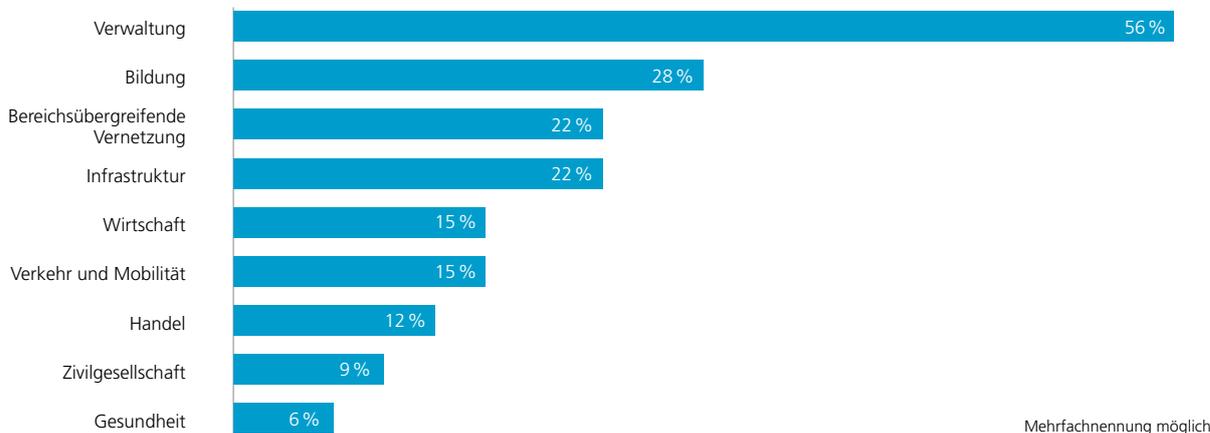


Abbildung 22: Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Bereichen (Gesamtauswertung)

Frage: In welchen der neun Bereiche sehen Sie den größten Handlungsbedarf für die Digitalisierung in Ihrer Kommune?

Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Bereichen
(nach Größe der Kommune in Prozent)

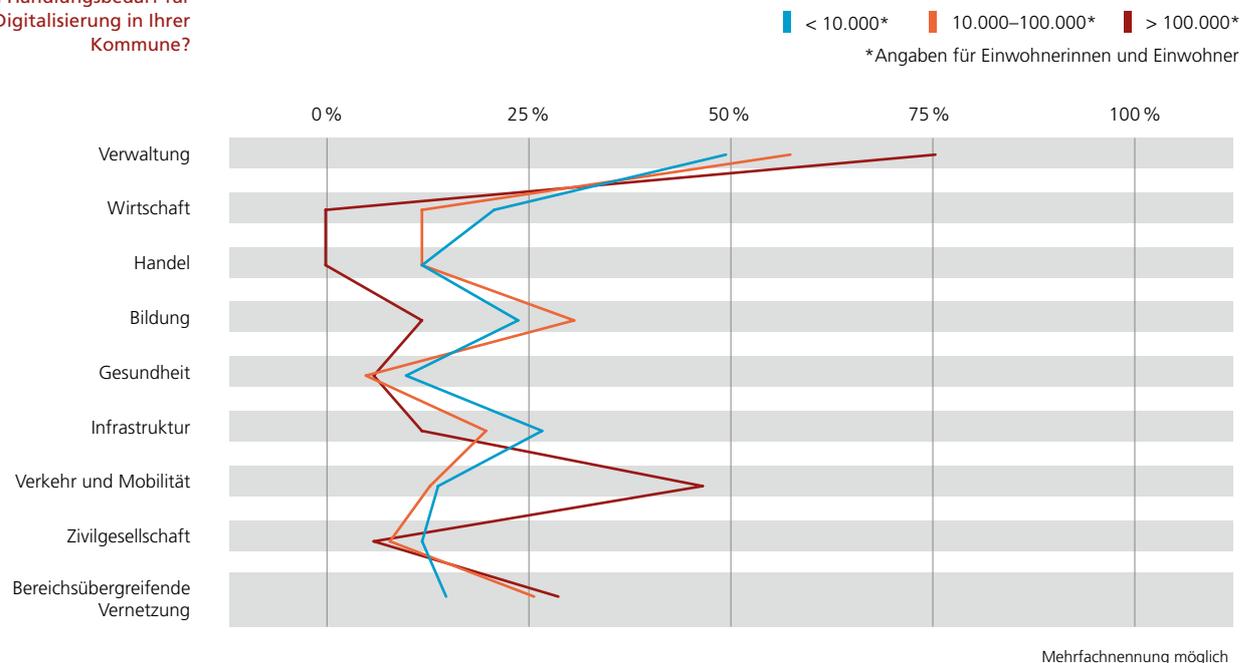


Abbildung 23: Priorisierung der Handlungsbedarfe nach Bereichen (nach Größe der Kommune)

Umsetzung der Digitalisierung in den Kommunen

Um die Weichen für die digitale Zukunft noch besser stellen zu können, ist die Wahl der jeweils vor Ort passenden Instrumente und Maßnahmen von besonderer Bedeutung. Neben der Vernetzung mit anderen Kommunen, Expertenworkshops, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder externen Beratungsdienstleistungen spielen dabei auch geeignete Umsetzungs- bzw. Digitalisierungsstrategien eine wichtige Rolle. In der Regel formulieren Digitalisierungsstrategien Aufgaben und Ziele für verschiedene Handlungsbereiche – angefangen bei der Verwaltung und der städtischen Infrastruktur über die Wirtschaft bis hin zum Thema Mobilität und Verkehr. Dabei ist insbesondere die bereichsübergreifende Vernetzung der einzelnen Handlungsfelder für eine erfolgversprechende Strategie wichtig.

Fragen-Set zur Umsetzung

- ▶ Welche Instrumente sind aus Ihrer Sicht besonders sinnvoll, um die Digitalisierung in Ihrer Kommune zu unterstützen?
- ▶ Haben Sie für Ihre Kommune bereits eine Digitalisierungsstrategie?
- ▶ Welche Handlungsbereiche beinhaltet Ihre Digitalisierungsstrategie?
- ▶ Wie hoch schätzen Sie den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung in Ihrer Kommune in Relation zum aktuellen Haushalt ein?

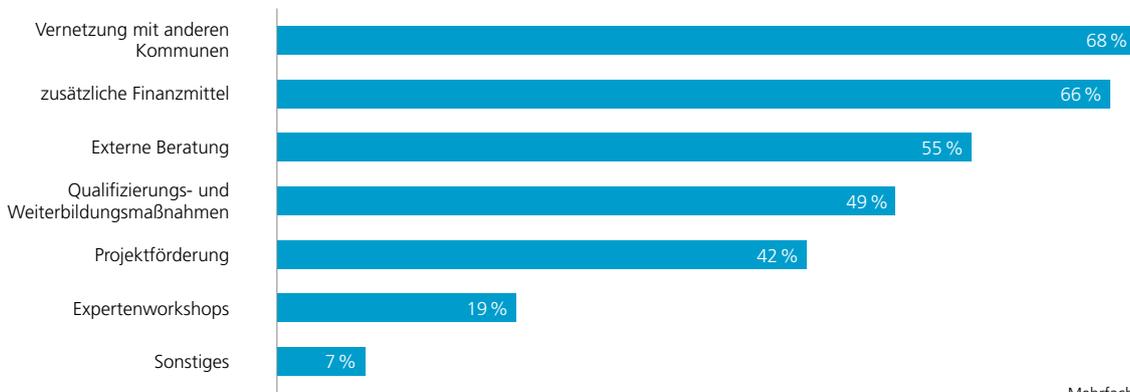
Sinnvolle Instrumente zur Umsetzung der Digitalisierung in den Kommunen

Mehr als zwei Drittel der Kommunen sind davon überzeugt, dass zusätzliche Finanzmittel und eine stärkere Vernetzung die Digitalisierung unterstützen können. Die Kommunen halten vor allem die Vernetzung mit anderen Kommunen (68 Prozent) und zusätzliche Finanzmittel (66 Prozent) für geeignete Wege, um die Digitalisierung in den Kommunen zu unterstützen. Darüber hinaus schätzt mehr als jede zweite Kommune (55 Prozent) externe Beratungsleistungen als ein sinnvolles Instrument ein (siehe Abbildung 24).

Die deutliche Zustimmung zur Aussage, dass eine Vernetzung mit anderen Kommunen, externe Beratungsdienstleistungen sowie Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sinnvolle Instrumente zur Unterstützung der Digitalisierung der Kommunen darstellen, zeigt einen deutlichen Bedarf an zusätzlichem Wissen und Wissensaustausch.

Frage: Welche Instrumente sind aus Ihrer Sicht besonders sinnvoll, um die Digitalisierung in Ihrer Kommune zu unterstützen?

Sinnvolle Instrumente zur Umsetzung der Digitalisierung (Gesamtauswertung in Prozent)



Mehrfachnennung möglich

Abbildung 24: Sinnvolle Instrumente zur Umsetzung der Digitalisierung (Gesamtauswertung)

Frage: Welche Instrumente sind aus Ihrer Sicht besonders sinnvoll, um die Digitalisierung in Ihrer Kommune zu unterstützen?

Sinnvolle Instrumente zur Umsetzung der Digitalisierung
(nach Größe der Kommune in Prozent)

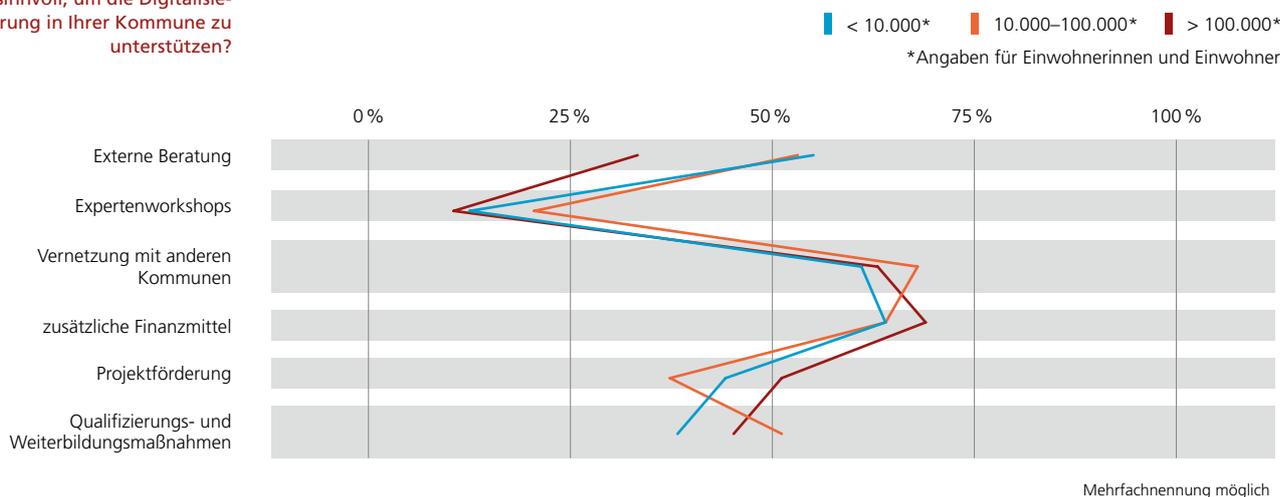


Abbildung 25: Sinnvolle Instrumente zur Umsetzung der Digitalisierung (nach Größe der Kommune)

Bei der Bewertung, welche Instrumente besonders sinnvoll sind, um die Digitalisierung in den Kommunen zu unterstützen, spielt die Größe der Kommune keine signifikante Rolle. Lediglich beim Thema „Externe Beratung“ scheint die Zustimmung bei zunehmender Kommunengröße leicht abzunehmen: Während 57 Prozent der sehr kleinen Kommunen (< 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner) externe Beratungsdienstleistungen als sinnvoll ansehen, sind es bei den großen und sehr großen Kommunen (> 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) nur 35 Prozent (siehe Abbildung 25).

Strategien zur Umsetzung der Digitalisierung in Kommunen

211 von 450 teilnehmenden Kommunen (47 Prozent) haben bislang noch keine Digitalisierungsstrategie entwickelt. Allerdings gaben 39 Prozent der Kommunen an, dass sie aktuell an einer Strategie arbeiten. Lediglich 6 Prozent – also 28 der 450 Kommunen – geben an, sich bereits in der Umsetzungsphase ihrer Digitalisierungsstrategie zu befinden.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass das systematische Bündeln möglicher Aufgaben und Ziele in Form einer Digitalisierungsstrategie in sehr vielen Kommunen bislang noch in den Kinderschuhen steckt.

„Mit einem gezielten Investitionsprogramm von Land und Bund sollte der digitale Wandel, der einer neuen industriellen Revolution sehr nahe kommt, unterstützt werden. Dabei sind neben Infrastrukturmaßnahmen auch gezielt (Netz-)Anwendungsentwicklungen zu fördern. Die unmittelbaren Bezüge zwischen den Themen Digitalisierung und Demografie spielen dabei eine wesentliche Rolle. Der Aspekt des eigenen Kompetenzausbaus zur Digitalisierung sollte mit gezielten Ausbildungsgängen in Beamtenlaufbahnen aufgegriffen werden.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Frage: Haben Sie für Ihre Kommune bereits eine Digitalisierungsstrategie?

Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (Gesamtauswertung in Prozent)

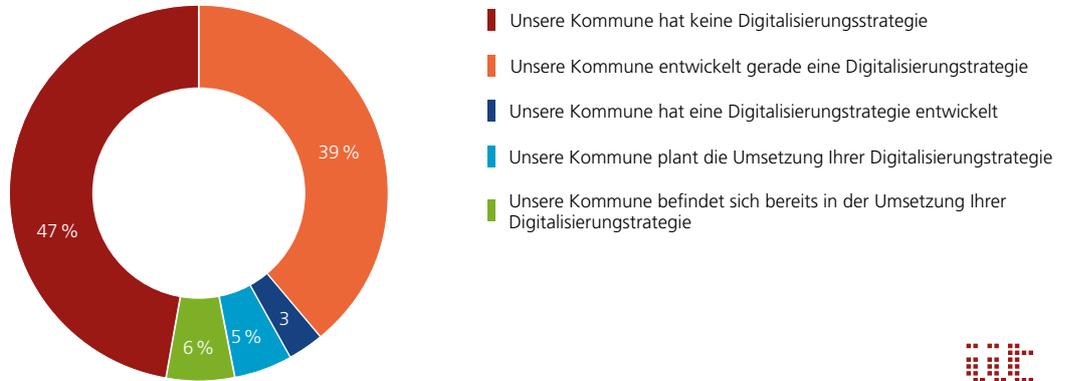


Abbildung 26: Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (Gesamtauswertung)

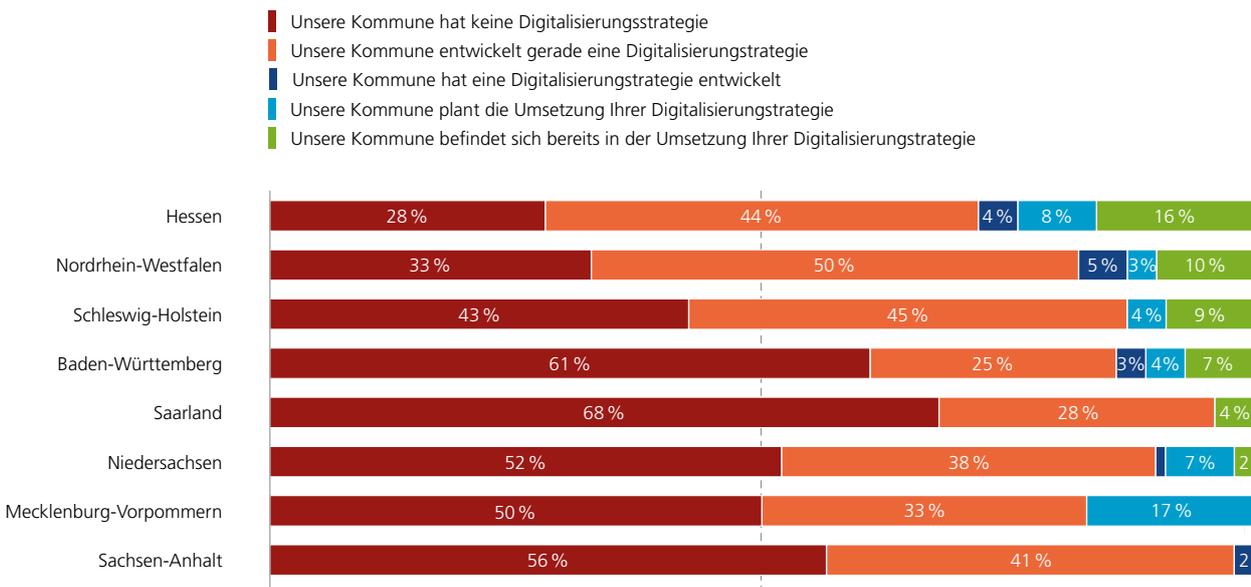
Die Auswertung nach Bundesländern bringt dabei deutliche Unterschiede ans Licht: Während in Hessen nur 28 Prozent der befragten Kommunen angeben, noch keine Strategie zu haben, sind es im Saarland 68 Prozent und in Baden-Württemberg 61 Prozent. Bereits in der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien befinden sich 16 Prozent der befragten Kommunen in Hessen, 10 Prozent in Nordrhein-Westfalen und 9 Prozent in Schleswig-Holstein (siehe Abbildung 27).

„Angesichts gestiegener Pflichtaufgaben, Bürgerbeteiligung etc. sowie des immer weniger verfügbaren qualifizierten Personals etc. ist eine sinnvolle Digitalisierungsstrategie mir Mehrwert für Verwaltung oder Bürger aktuell kaum fachlich und personell umsetzbar.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Frage: Haben Sie für Ihre Kommune bereits eine Digitalisierungsstrategie?

Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (nach Bundesländern* in Prozent*)



*nur Bundesländer mit n > 12 Beteiligungen
 **Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

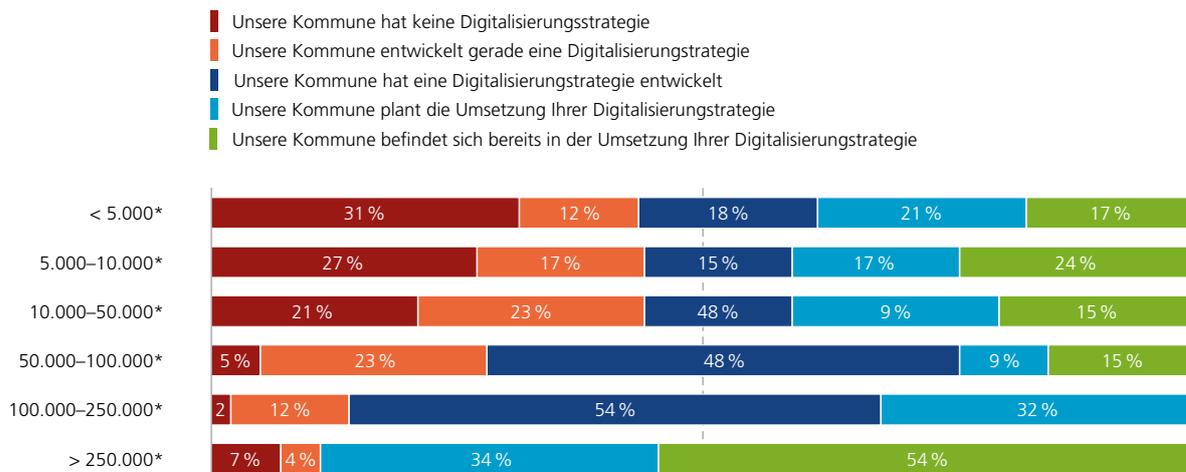
Abbildung 27: Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (nach Bundesländern)

Vor allem viele kleinere Kommunen haben noch keine Digitalisierungsstrategie entwickelt oder noch nicht begonnen, eine zu entwickeln. Der Anteil von Kommunen ohne Digitalisierungsstrategie und ohne begonnenes Entwicklungsvorhaben liegt für Kommunen unterhalb einer Einwohnerzahl von 5.000 bei 31 Prozent, bei Kommunen mit einer Größe zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern noch bei 27 Prozent. Bei den Kommunen mit einer Größe zwischen 100.000 und 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind es nur 2 Prozent, die angeben, keine Digitalisierungsstrategie zu haben. Am weitesten bei der Umsetzung sind die großen Kommunen mit mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern: In dieser Gruppe gab jede zweite Kommune an, sich bereits in der Umsetzungsphase ihrer Digitalisierungsstrategie zu befinden (54 Prozent).

Insgesamt betrachtet lässt sich aus den Ergebnissen die Annahme ableiten, dass mit zunehmender Größe die Wahrscheinlichkeit wächst, dass die Kommune entweder bereits eine Strategie entwickelt hat, gerade dabei ist, eine zu entwickeln, die Umsetzung plant – oder sich bereits in der Umsetzungsphase befindet. Umgekehrt ist bei sehr kleinen Kommunen – im Vergleich zu großen und sehr großen Städten und Gemeinden – die Wahrscheinlichkeit weitaus höher, dass noch keine Digitalisierungsstrategie vorliegt (siehe Abbildung 28).

Frage: Haben Sie für Ihre Kommune bereits eine Digitalisierungsstrategie?

Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (nach Größe der Kommune in Prozent**)



*Angaben für Einwohnerinnen und Einwohner

**Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 28: Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (nach Größe der Kommunen)

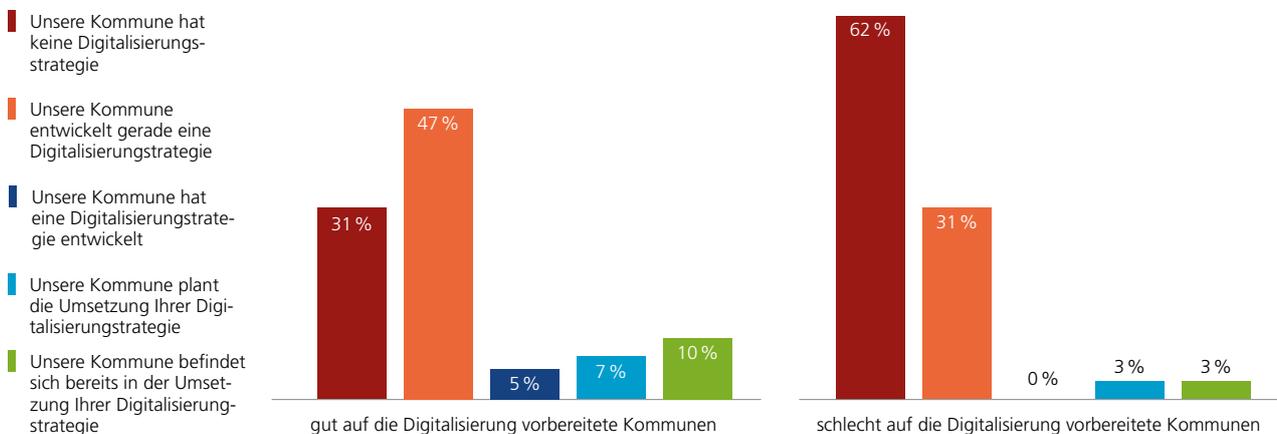
Kommunen, die sich eher schlecht auf die Digitalisierung vorbereitet fühlen, haben mit 62 Prozent deutlich häufiger noch keine Digitalisierungsstrategie als diejenigen Kommunen, die sich gut aufgestellt fühlen. Hier liegt der Anteil an Kommunen, die noch keine Strategie entwickelt haben, lediglich bei 31 Prozent. Auch ist der prozentuale Anteil derjenigen Kommunen, die an-

geben, eine Strategie zu haben oder gerade eine zu entwickeln, die Umsetzung zu planen oder sich bereits in der Umsetzungsphase zu befinden, ist bei den gemäß Selbsteinschätzung „gut vorbereiteten“ Kommunen höher als bei den „schlecht vorbereiteten“ Kommunen (siehe Abbildung 29).

Frage: Haben Sie für Ihre Kommune bereits eine Digitalisierungsstrategie?

Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen

(Auswertung bezogen auf die Selbsteinschätzung „gut oder schlecht Vorbereitet auf die Digitalisierung“ in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 29: Status der Digitalisierungsstrategien in den Kommunen (bezogen auf die Selbsteinschätzung „gut oder schlecht vorbereitet auf die Digitalisierung“)

Themenschwerpunkte der Digitalisierungsstrategien

Auf die Frage, welche Handlungsbereiche die eigene Digitalisierungsstrategie beinhaltet, gaben 92 Prozent der befragten Kommunen¹¹ den Bereich „Verwaltung“ an. Der Handlungsbereich „Gesundheit“ wurde hingegen von keiner Kommune als potenzieller Gestaltungs- oder Handlungsbereich in der eigenen Digitalisierungsstrategie berücksichtigt. Ebenfalls kaum im Fokus sind die Bereiche „Handel“ und „Bereichsübergreifende Vernetzung“ (jeweils nur mit 2 Prozent vertreten).

Eine Ausnahmen bildet das Thema „Bildung“: Hier gaben 25 Prozent der Kommunen an, das Thema in der Digitalstrategie zu adressieren. Es folgen die Bereiche „Infrastruktur“ (18 Prozent) sowie „Verkehr und Mobilität“ (17 Prozent) auf Rang 3 und 4.

Das Antwortverhalten der befragten Kommunen zeigt deutlich, dass sich die Mehrzahl der Digitalisierungsstrategien – die entweder entwickelt, geplant oder bereits umgesetzt werden – hauptsächlich auf die Digitalisierung der Verwaltung fokussieren. Andere Bereiche des kommunalen Handelns werden in der Regel kaum berücksichtigt.

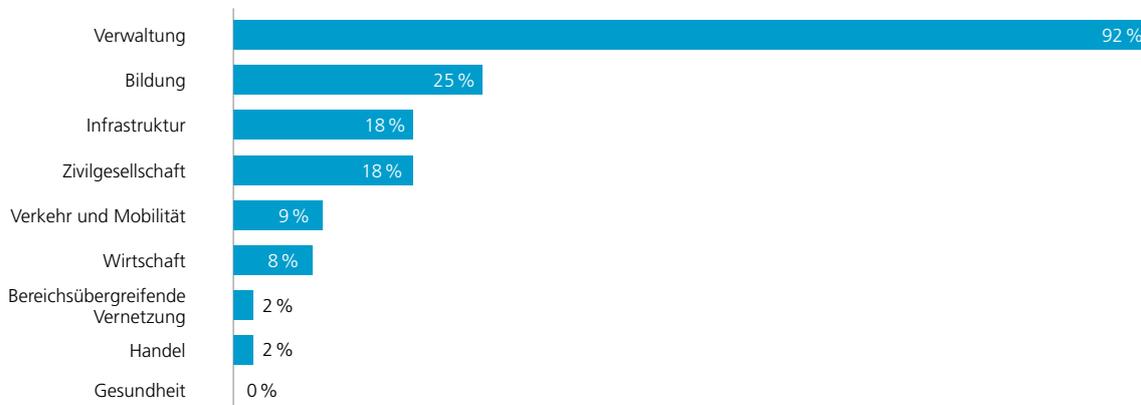
Einschätzung zur Höhe des Finanzierungsbedarfs der Digitalisierung

58 Prozent der befragten Kommunen schätzen den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung in den Kommunen mit „hoch“, 18 Prozent sogar „sehr hoch“ ein. Nur 3 Prozent gehen von einem niedrigen Finanzierungsbedarf aus. Von einem moderaten Finanzierungsbedarf gehen 18 Prozent der Kommunen aus.

11 Berücksichtigt werden hier nur jene Kommunen, die angegeben haben, entweder bereits über eine Digitalisierungsstrategie zu verfügen oder gerade eine zu entwickeln, die Umsetzung einer Strategie zu planen oder sich bereits in der Umsetzungsphase zu befinden (n=239).

Frage: Welche Handlungsbereiche beinhaltet Ihre Digitalisierungsstrategie?

Themenschwerpunkte kommunaler Digitalisierungsstrategien (Gesamtauswertung in Prozent)

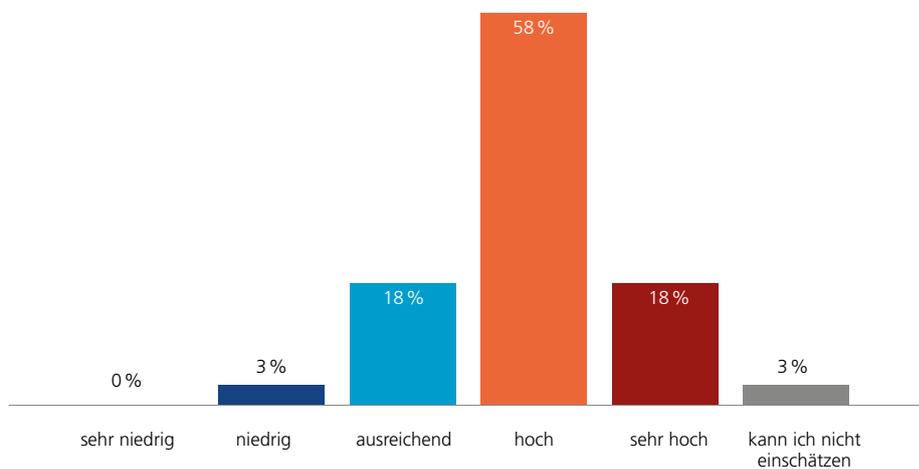


Mehrfachnennung möglich

Abbildung 30: Themenschwerpunkte kommunaler Digitalisierungsstrategien (Gesamtauswertung)

Frage: Wie hoch schätzen Sie den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung in Ihrer Kommune in Relation zum aktuellen Haushalt ein?

Einschätzung zur Höhe des Finanzierungsbedarfs der Digitalisierung (Gesamtauswertung in Prozent*)



*Durch das Entfallen der Nachkommastellen können in den Summen der Prozentangaben Abweichungen von +/- 1 % entstehen.

Abbildung 31: Auswertung zur Einschätzung des Finanzierungsbedarfs der Digitalisierung (Gesamtauswertung)

4 Zusammenfassung und Bewertung

Die erfolgreiche Digitalisierung in den Kommunen hängt von unterschiedlichen Faktoren ab: Eine gute Personalausstattung verknüpft mit einer entsprechenden fachlichen Expertise, ausreichende Finanzmittel zur Umsetzung von Maßnahmen, die Anbindung an ein digitales Hochgeschwindigkeitsnetz sowie die technische Ausstattung mit aktueller Hard- und Software sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung der Kommunalverwaltung.

Großes Potenzial schlummert vor allem bei Digitalisierungsaktivitäten jenseits der Verwaltung. Bisher sehen sich viele Kommunen noch nicht als zentraler Digitalisierungsakteur des gesamten kommunalen Gestaltungs- und Handlungsraums – der sich auf nahezu alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger ausdehnen kann: Neben der Verwaltung zählen die Bereiche Wirtschaft und Handel, Bildung und Gesundheit, Infrastruktur und Mobilität sowie die bereichsübergreifende Vernetzung zu möglichen Feldern, in denen die Kommunen den digitalen Wandel als Innovationstreiber gestalten können.

Die Umfrage hat gezeigt, dass die Kommunen den aktuellen Stand der Digitalisierung weder als hervorragend noch als dramatisch einschätzen: Mehr als jede zweite Kommune stuft ihren Digitalisierungsgrad als ausreichend ein, jede zehnte als gut und jede dritte als schlecht bis sehr schlecht.

Ein einheitliches Bild vom aktuellen Stand der Digitalisierung in den Kommunen zu zeichnen ist dabei nahezu unmöglich. Dies zeigt die Selbsteinschätzung der Kommunen bezogen auf die Frage, ob sie sich gut vorbereitet fühlen, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben: Knapp die Hälfte der befragten Kommunen fühlt sich gut auf die Digitalisierung vorbereitet (49 Prozent), der andere Teil nicht. Einig sind sich die Kommunen hingegen beim Nutzen der Digitalisierung: Neun von zehn Kommunen schätzen den Mehrwert der Digitalisierung als hoch bis sehr hoch ein (91 Prozent) – und sehen in der Digitalisierung einen hohen Mehrwert sowohl für die Verwaltung als auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Interessant ist, dass die Kommunen zwar einen hohen Nutzen der Digitalisierung erwarten, sich aber im Kontext des digitalen Transformationsprozesses relativ verhalten positionieren. So haben 47 Prozent der Kommunen bislang noch keine Digitalisierungsstrategie entwickelt. Und diejenigen Kommunen, die angeben, dass sie aktuell an einer Strategie arbeiten, die Umsetzung planen oder sich bereits in der Umsetzungsphase ihrer

Strategie befinden, legen ihren Fokus vor allem auf das Thema Verwaltungsdigitalisierung. Ein ganzheitlicher strategischer Ansatz, bei dem die Digitalisierung bereichsübergreifend vorangetrieben wird, scheint aktuell noch eher die Ausnahme zu sein. Darüber hinaus hat die Umfrage gezeigt, dass die viele Kommunen den Stand und den Nutzen der Digitalisierung für einige Bereiche überhaupt nicht einschätzen können. Überspitzt formuliert erwarten fast alle Kommunen eine hohe „digitale Dividende“, definieren sich aber nicht hinreichend als Innovationstreiber und gestaltende Akteure der Digitalisierung vor Ort.

Auf die Frage, wo Kommunen aktuell den größten Handlungsbedarf sehen, antwortet knapp die Hälfte (47 Prozent), dass sie beim Breitbandausbau einen akuten Nachholbedarf sehen. Der hohe Stellenwert einer besseren Anbindung an ein digitales Hochgeschwindigkeitsnetz wird durch entsprechende Freitext-Antworten zusätzlich betont:

„Breitbandversorgung ist genauso wichtig wie der Strom- und Wasseranschluss in einem Haus, sie gehört zur Grundversorgung.“

Auszug aus einer Freitextantwort

Dass sich die Größe der Kommune auch in der Bewertung einzelner Digitalisierungsthemen niederschlagen kann, verdeutlichen die Einschätzungen der Städte und Gemeinden zu den Handlungsbedarfen. Je mehr Einwohnerinnen und Einwohner eine Kommune beispielsweise zählt, desto stärker wird der Handlungsbedarf in Hinblick auf die personelle Ausstattung wahrgenommen. Umgekehrt verhält es sich bei der Einschätzung des Themas Breitbandausbau – hier sehen große und sehr große Kommunen einen deutlich geringeren Handlungsbedarf als sehr kleine Kommunen.

Auch wenn die Bundesländer im direkten Vergleich gewisse Unterschiede hinsichtlich der kommunalen Digitalisierung aufweisen: Aus den Ergebnissen des Zukunftsradars lassen sich weder generelle Aussagen darüber treffen, inwiefern sich die Kommunen je nach Zugehörigkeit zu einem Bundesland unterscheiden, noch kann ein Ost-West- oder Nord-Süd-Gefälle aus den Ergebnissen abgeleitet werden. Hierzu ist eine deutlich höhere Anzahl an Datensätzen zur Auswertung für alle Bundesländer nötig.

In Hinblick auf die notwendigen Voraussetzungen der Digitalisierung in den Kommunen weisen die Umfrageergebnisse schließlich daraufhin, dass die finanzielle und personelle Ausstattung sowie ein stärkerer Wissenstransfer effektive Stell-schrauben des digitalen Transformationsprozesses sind. So ist die Mehrheit der befragten Städte und Gemeinden davon überzeugt, dass eine stärkere Vernetzung mit anderen Kommunen, externe Beratungsleistungen und zusätzliche Finanzmittel die Digitalisierung sinnvoll unterstützen können. Dass drei von vier Kommunen den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung als hoch bis sehr hoch einschätzen, weist noch einmal explizit auf die zum Teil sehr schlechte finanzielle Situation in einzelnen Kommunen hin.

Die Ergebnisse des Zukunftsraders zeigen, dass die Chancen und der mögliche Nutzen der Digitalisierung von den Kommunen deutlich wahrgenommen werden, die Umsetzung jedoch vielerorts noch in den Kinderschuhen steckt. Ob Deutschland seine starke Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext auch in Zukunft behaupten kann, wird entscheidend davon abhängen, ob und wie stark die Kommunen ihre Rolle als regionale Innovationstreiber ausfüllen werden.

Anhang



Lorenz Hornbostel

Lorenz Hornbostel studierte Politikwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und am Trinity College Dublin. Anschließend absolvierte Hornbostel ein Volontariat bei der Agentur Scholz & Friends und war mehrere Jahre als PR-Referent in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH tätig, wo er u. a. die Projektträgerschaft „Mensch-Technik-Interaktion; Demografischen Wandel“ des Bundesministeriums für Bildung Forschung (BMBF) begleitete. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich Projektmanagement sowie in der Kommunikation wissenschafts- und innovationspolitischer Inhalte. Seit 2017 ist Hornbostel Berater für Strategie und Innovation am Institut für Innovation und Technik (iit).



Michael Nerger

Michael Nerger ist seit 2010 im Bereich Internationale Technologiekoooperationen und Cluster der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH tätig. Zuvor absolvierte er von 2007 bis 2010 im Bereich Gesellschaft und Wirtschaft eine Ausbildung zum Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung und studiert zurzeit nebenberuflich Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftspsychologie an der Europäischen Fernhochschule Hamburg. Sein inhaltlicher Schwerpunkt liegt in der Beratung und Bewertung von Clusterinitiativen und der Analyse von Clusterdaten im Rahmen des „European Secretariat for Cluster Analysis (ESCA)“. Michael Nerger wirkte an zahlreichen Evaluationen und Studien mit – darunter bei der „Evaluation der Förderinitiative Innovative regionale Wachstumskerne“ oder der „Konzept- und Potenzialstudie zum Forschungscampus Hannover-Garbsen“.



Prof. Dr. Volker Wittpahl

Nach dem Studium der Mikroelektronik in Deutschland und Singapur mit dem Schwerpunkt Werkstoffanalyse promovierte Volker Wittpahl zum Thema kontaktlose Höchstfrequenz-Messtechnik für on-Wafer Tests. Anschließend sammelte er im Philips-Konzern Industrieerfahrungen im Technologie-Marketing sowie Innovationsmanagement für die Automobil-Branche. Mit seinem Wechsel zu Philips Design nach Eindhoven (NL) wurde er einer der Entwicklungsverantwortlichen im konzerneigenen, interdisziplinären Think Tank. Von 2003 bis 2015 war Volker Wittpahl als freiberuflicher Ingenieur tätig und arbeitete u. a. eng mit der ehemaligen Mannesmann-Pilotentwicklung bzw. der späteren Vodafone R&D in München zusammen. Seit 2014 ist Volker Wittpahl Professor an der Universität Klaipeda (LT), wo er deutsch-baltische Projekte im Wissenstransfer initiiert. Seit 2016 ist Prof. Dr. Wittpahl Leiter des Instituts für Innovation und Technik (iit).



Alexander Handschuh

Alexander Handschuh, Politikwissenschaftler, ist seit 2006 für den Deutschen Städte- und Gemeindebund tätig. Seit 2015 führt er das Referat für Planung, Politik, Koordination und Kooperationen beim DStGB. Bis 2017 leitete er das Büro des Hauptgeschäftsführers und ist nunmehr seit dem 01.01.2018 beim kommunalen Spitzenverband als Sprecher unter anderem für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für politische Grundsatzfragen und Grundsatzfragen der Digitalisierung verantwortlich. Seit dem Jahr 2008 ist Alexander Handschuh zudem Projektleiter des „Innovators Club“, einer kommunalen „Ideenschmiede“, in der rund 80 Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte an Zukunftsthemen arbeiten.



Janina Salden

Janina Salden ist stellvertretende Pressesprecherin, Büroleiterin des Hauptgeschäftsführers sowie Referatsleiterin für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB). Im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Pressestelle des DStGB ist sie unter anderem für die Verbandszeitschrift „Stadt und Gemeinde digital“, die Verbandshomepage sowie die Social-Media-Kanäle des DStGB zuständig. Janina Salden ist zudem im Team des „Innovators Club“ des DStGB aktiv – eine Denkfabrik zur interdisziplinären Zusammenarbeit bei strategischen Zukunftsfragen der Städte und Gemeinden.

Institut für Innovation und Technik (iit)

Das Institut für Innovation und Technik (iit) ist eine Querschnittseinrichtung der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH und bearbeitet Fragen rund um Innovationspolitik, -prozesse und -systeme. Kernangebot sind Studien, Evaluationen und Begleitforschungen. Das iit ist ein neutraler zertifizierter Partner für öffentliche Auftraggeber ebenso wie für Unternehmen und kann auf die Expertise von mehr als 250 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus verschiedenen Fachbereichen bauen.

Weiter Informationen unter: www.iit-berlin.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) vertritt als kommunaler Spitzenverband in Deutschland und Europa die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung von rund 11.500 Städten und Gemeinden. Er ist föderal organisiert, parteipolitisch unabhängig und arbeitet ohne staatliche Zuschüsse. Er organisiert den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen und befasst sich unter anderem mit kommunalen Zukunftsthemen wie der digitalen Transformation.

Weitere Informationen unter: www.dstgb.de.

